



# Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische  
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

---

**Nr. 3**

**März 1973**

## **AIB-Aktuell**

S. 2

## **Guinea-Bissau**

Gert Meyer:

Der Mord an Amilcar Cabral in der westdeutschen bürgerlichen Presse

S. 3 – 7

## **Dominikanische Republik**

Jürgen Ostrowsky:

Zu den jüngsten Ereignissen

S. 8 – 10

## **Vietnam**

Jutta von Freyberg:

Vietnam-neue Etappe im Kampf um die Sicherung des Friedens

S. 10 – 16

## **Südafrika**

Armin Hebel:

Massenstreiks afrikanischer Arbeiter in der RSA

S. 17 – 20

## **Philippinen**

W. J. Pomeroy:

Krise des Neokolonialismus in den Philippinen (1)

S. 21 – 30

## **Kurzinformation**

S. 31 – 32

---

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christoph Strawe, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

# AIB - AKTUELL

Vom 28.7. bis 5.8.1973 werden in Berlin/DDR die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten stattfinden, die unter dem Motto "Für antimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft" stehen werden.

Am X. Festival wird die gesamte fortschrittliche Jugend der Welt, vertreten durch eine große Zahl von Jugend- und Studentenorganisationen mit unterschiedlichen politischen, weltanschaulichen und religiösen Positionen teilnehmen. Im Geist der Zusammenarbeit, der internationalen Solidarität und der Achtung unterschiedlicher Standpunkte wird das Festival ein Höhepunkt und eine neue Stufe im Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg, für die Entwicklung der Zusammenarbeit, des Verständnisses und der Freundschaft der Jugend sein. Es wird alle bedeutenden Probleme, die die Jugend und die Studenten berühren, sowie die ganze Vielfalt des heutigen Kampfes für die Durchsetzung gemeinsamer Ziele widerspiegeln. Es wird, wie es im Aufruf des internationalen Festivalskomitees heißt, "eine machtvolle Demonstration der Solidarität mit der nationalen Befreiungsbewegung, mit dem Kampf der Jugend der arabischen Länder, des palästinensischen Volkes, der Menschen der portugiesischen Kolonien, Afrikas, Lateinamerikas und Asiens für ihre Freiheit, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt, gegen Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus, Zionismus und Apartheid sein."

Das Antimperialistische Informationsbulletin, das den Kampf der antimperialistischen Bewegungen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas als Teil des gemeinsamen Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte ins allgemeine Bewußtsein rücken will, unterstützt ebenfalls

---

Neben Mitgliedern des AAK haben sich an der Arbeit für diese Nummer beteiligt:  
K. Baumgarten, B. Braun, G. Görden, A. Hebel, B. Hebel-Kunze, W. Herrmann, O. Jäckel, K. Kiehm, G. Meyer, H. Neumann, J. Ostrowsky, H. Peters, K. Rühling, J. Scheer, A. Schulze.

**Adressenänderung**

**bitte rechtzeitig**

**bekanntgeben**

---

Beachten Sie bitte die Beilage in diesem Heft. Wir bitten Sie, diese Karte "Politische Generalamnestie in Griechenland" mit Ihren genauen Absenderangaben versehen an das antidiktatorische Komitee in der BRD u. Westberlin zu schicken.



die X. Weltfestspiele. Seit kurzem ist das AIB Mitglied des Arbeitskreises Festival, des Initiators der Festivalbewegung in der BRD. Der Initiativausschuß X. Weltfestspiele, dem der Arbeitskreis Festival und weitere (insgesamt 33) Jugend- und Studentenorganisationen der BRD angehören, hat die Jugend unseres Landes zur aktiven Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung des Festivals aufgerufen.

Das AIB hat sich zum Ziel gesetzt, als seinen Beitrag bis Ende Juli 10 000 Bleistifte und Schulhefte für die Kinder in den befreiten Gebieten der portugiesischen Kolonien zu sammeln. (Vgl. auch S. 7!) Die Befreiungsbewegungen von Angola, Guinea-Bissau und Moçambique brauchen in ihrem Kampf gegen Rassismus, kolonialistische Unterdrückung und imperialistische Ausbeutung unsere solidarische Hilfe. Dabei sind sie besonders auf die Unterstützung für ihre Aufbauarbeit in den Gebieten angewiesen, die bereits der portugiesischen Kolonialherrschaft entzogen sind und in denen die Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand genommen haben. In den Schulen der Befreiungsbewegungen lernen die Menschen zum ersten Mal Lesen und Schreiben, wird erklärt, warum Kolonialismus und Imperialismus die Feinde ihrer Völker sind und daß die fortschrittlichen und demokratischen Menschen in der ganzen Welt an ihrer Seite stehen. Damit leisten die Befreiungsbewegungen einen "wesentlichen Beitrag für das Streben der Jugend und Studenten der Welt nach einem Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg, nach Solidarität, Frieden und Freundschaft". (Aufruf des Initiativausschusses X. Weltfestspiele in der BRD)

---

Antimperialistisches

Informationsbulletin 4/73

bringt u.a.:

Philippinen  
Pomeroy: Neokolonialismus  
in der Krise(2)

Chile  
Zum Ausgang der Wahl

Portugiesische Kolonien  
UNO-Solidaritätswoche -  
25. Mai - 1. Juni

# GUINEA-BISSAU

Gert Meyer

## Der Mord an Amilcar Cabral in der westdeutschen bürgerlichen Presse

I.

Nur in wenigen westdeutschen Zeitungen sind die Hintergründe der Ermordung Amilcar Cabrals, des Generalsekretärs der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei von Guinea und den Kapverdischen Inseln (PAIGC), untersucht worden. Kaum eine Zeitung hat die Vorgeschichte und die politischen Ziele der Unabhängigkeitsbewegung detailliert dargestellt oder sie in den Zusammenhang des weltweiten Kampfes gegen Kolonialherrschaft und Imperialismus gestellt. Ebenso blieben die traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Regierungen der entwickelten kapitalistischen Staaten und dem portugiesischen Kolonialregime meistens unerwähnt, das sich in seinen afrikanischen Besitzungen nur halten kann, weil es seit vielen Jahren von den NATO-Ländern und speziell von der BRD in großzügiger Weise mit Waffen und Vernichtungsmitteln versorgt wird (1). Obwohl diese Waffenlieferungen bereits mehrfach von der UNO und der OAU entschieden verurteilt worden sind, wurden sie von den westlichen Regierungen fortgesetzt. Gerade in Guinea-Bissau, wo die Unabhängigkeitsbewegung bisher ihre größten Erfolge erzielen konnte, spielte der Einsatz von NATO-Waffen - Flugzeugen, Hubschraubern, Bomben, Kriegsschiffen - eine zentrale Rolle. Wenn sich die Regierung der BRD auch dagegen verwahrt hat, daß die von ihr gelieferten Kriegsmittel in Afrika zur Unterdrückung der Befreiungsbewegungen eingesetzt werden, und bei Lieferungen "Mißbrauchsklauseln" eingeführt hat, kann sie nicht verhindern, daß Portugal, das Angola, Moçambique, Guinea-Bissau und die anderen überseeischen Besitzungen als integrale Bestandteile seines Territoriums betrachtet, diese Waffen hier einsetzt.

In der Berichterstattung über die afrikanischen Freiheitsbewegungen wird auf diese Fragen nur von wenigen Organen eingegangen. Hier sind der "Spiegel", die "Frankfurter Rundschau" und der "Kölner Stadt-Anzeiger" zu nennen, der am 23.1. 1973 auf die Verwendung westdeutscher Waffen in Guinea hinwies:

"Als Cabrals Volksarmee im Frühjahr einen angreifenden Jagdbomber vom Typ Fiat G 91 ab-

schoß, der das deutsche Balkenkreuz trug, beschuldigte er die Bundesrepublik, den Kampf Portugals gegen die Aufständischen aktiv zu unterstützen. Tatsache war, daß die Bundesregierung dem NATO-Partner Portugal ein Geschwader gebrauchter Fiat G 91 überlassen hatte. Die Empfänger hatten sich nicht die Zeit genommen, vor dem Einsatz in Portugiesisch-Guinea die Flugzeuge mit dem eigenen Hoheitszeichen zu versehen."

Ansonsten referiert die westdeutsche Presse nur die Stellungnahme der Bundesregierung, die den Mord "mit Bestürzung" zur Kenntnis nahm und als einen "neuen Fall politischer Gewalt" bedauerte, weil sie "Mord und Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele verurteilt" (2). Die meisten Organe sehen es offensichtlich nicht als ihre Aufgabe an, Unterschiede zwischen Worten und Taten aufzudecken.

Verschiedenen Zeitungen geht die Erklärung des Regierungssprechers noch entschieden zu weit. Sie wird als eine offene Sympathieerklärung für den Kommunismus und als eine Brückierung des NATO-Partners Portugal aufgefaßt; beides liegt der Regierung sicherlich fern.

Erich Kern, ein Mitarbeiter der in Hannover erscheinenden "Deutschen Wochen-Zeitung", schreibt in seinem Artikel "Bonn trauert um Cabral" vom 2.2.:

"Unter Banditen herrscht seit eh und je eine erbitterte Konkurrenz. Sie kämpfen nicht nur gegen die Ordnung, sie kämpfen auch gegeneinander: um die Macht... Jetzt wurde Amilcar Cabral, der Chef der gegen Portugiesisch-Guinea angreifenden PAIGC-Banden, mitten in Conakry erschossen. Flugs beschuldigte der geschwätzige Sékou-Touré die Portugiesen der Anstiftung zum Attentat. Natürlich wurde Portugals entrüstetes Dementi in den Massenmedien nicht zur Kenntnis genommen... Leider vergaß Bonn die ganzen Jahre hindurch, die scheußlichen Verbrechen der schwarzen Terroristen zu verurteilen, die immer wieder einen heimtückischen Partisanenkampf gegen das südliche Afrika führen. Die Leichen der Weißen und der konservativen Neger wiegen in Bonn offensichtlich leichter als die der Partisanen! Amilcar Cabral war einer der eifrigsten Handlanger des Bolschewismus in Afrika... Erklären seine leidenschaftlichen Bekenntnisse für den Kommunismus vielleicht die besondere Trauer Bonns um den im Konkurrenzkampf gefallenen Bandenführer?"

Ähnlich kommentiert der "Münchener Merkur", der die Nachricht vom Tod Cabrals unter der kennzeichnenden Überschrift "Negerführer in Guinea ermordet" verbreitet, am 24.1. die Er-

klärung des Bonner Regierungssprechers:

"Die offizielle Stellungnahme Bonns zum Tod des Rebellenführers trägt dazu bei, Cabral zum politischen Märtyrer zu erheben - ganz davon abgesehen, daß diese Erklärung den NATO-Partner Portugal brüskieren muß (oder möglicherweise sollte). Sie sanktioniert darüber hinaus Guerilla-Bewegungen in aller Welt. Wenn die Bundesregierung - im Buhlen um die Gunst der Entwicklungsstaaten - schon keine Zurückhaltung üben mag, dann sollte sie wenigstens versuchen, die Balance zu wahren. Zum Beispiel bei der nächsten Nachricht vom Tod eines sowjetischen Dissidenten in einem Irrenhaus oder in einem Arbeitslager."

Mit Hilfe der altbewährten antikommunistischen Klischees und Legenden wird hier versucht, den Imperialismus reinzuwaschen und alle Greueltaten seinen Gegnern anzulasten.

## II.

Zahlreiche westdeutsche Zeitungen beziehen in ihrer Berichterstattung deutlich den Standpunkt des Kolonialregimes. Ihre Berichte sind ein anschauliches Beispiel dafür, daß die Ziele, für die die Presse in der Aufstiegsphase der bürgerlichen Gesellschaft, zumindest theoretisch, eingetreten ist - Freiheit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit nicht nur des Individuums, sondern jeder Nation und jedes Volkes - längst ihre Verbindlichkeit verloren haben. Viele Zeitungsartikel lesen sich wie Kolonialberichte der Regierungspresse im kaiserlichen Deutschland, für die nationalistische und rassistische Ideologien charakteristisch waren (3). Da die Kolonien durch die zweimalige Niederlage des deutschen Imperialismus in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts endgültig verlorengegangen sind, identifiziert man sich - dies zeigt auch das Beispiel Vietnam (4) - mit den Kolonialfeldzügen der befreundeten imperialistischen Staaten.



In den Berichten über den Mord an Amilcar Cabral werden in der westdeutschen bürgerlichen Presse ausführlich die Selbstrechtfertigungen der portugiesischen Regierung referiert. Der Ausspruch des Regierungssprechers in Lissabon: "Politische Gegner ermorden zu lassen,

ist nicht unsere Art, Schwierigkeiten zu überwinden" wird ebenso beifällig zitiert wie seine Mitteilung, daß die portugiesische Regierung "kein Interesse" an Cabrals Tod gehabt habe. Solche Artikel tragen die Überschriften: "Panne für die Linksideologen" (Rheinischer Merkur, 2.2.), "Portugal verurteilt Cabral-Mord" (General-Anzeiger, Bonn, 27.1.), "Cabral von der Polizei getötet?" (Badische neueste Nachrichten, 24.1.), "Portugal: Damit nichts zu tun" (Rheinische Post, 23.1.), "Cabral ein Opfer Sékou Tourés?" (Badisches Tagblatt, 23.1.), "Hat Guinea Cabral ermorden lassen?" (F.A.Z., 24.1.), "Waren die Rivalen Cabrals auch seine Mörder?" (Die Welt, 24.1.), "Cabral von Polizei in Guinea getötet?" (Nordsee-Zeitung, 24.1.).

Ebenso werden die "Argumente" ausführlich dargelegt, mit deren Hilfe die amtliche portugiesische Nachrichtenagentur ANI unmittelbar nach dem Attentat die Beteiligung und das Interesse der Lissaboner Regierung an der Ermordung Cabrals abgestritten hat. Alle in Lissabon und Bissau verbreiteten und von weiten Teilen der westdeutschen Presse aufgegriffenen Versionen über die angeblichen Hintergründe des Mordes verfolgen das Ziel, von dem hauptsächlichsten Widerspruch in den Überseegebieten - dem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen dem Kolonialsystem und den Interessen der Afrikaner - abzulenken und Cabral als ein Opfer der Strategie der Sowjetunion, der VR China oder der Nachbarstaaten Guinea und Senegal hinzustellen oder aber Stammesrivalitäten und religiöse Gegensätze in Guinea-Bissau für seinen Tod verantwortlich zu machen. Nach ANI sollen fünf Faktoren eine Rolle gespielt haben (5):

1. In letzter Zeit seien wachsende Spannungen zwischen "den Sowjets" und Cabral aufgetreten. "Einem afrikanischen Journalisten soll er gesagt haben, er lasse sich von niemandem beherrschen, aber noch eher von den Portugiesen als den Russen." Der verstärkte Einfluß der von der UdSSR unterstützten kubanischen Berater habe ihm mißagt. "Er habe chinesische Berater rufen wollen, um den Einfluß der Kubaner und Sowjets zurückzudrängen."

Diese Aussage soll den Eindruck hervorrufen, daß die PAIGC keine selbständige Bewegung, sondern nur eine Marionette in den Händen der großen sozialistischen Staaten darstellt, die natürlich einen noch ärgeren "Imperialismus" praktizieren als die portugiesische Regierung. Das Theorem von den kommunistischen Drahtziehern, die in Moskau sitzen und anderen Parteien Direktiven schreiben, um ihre eigene Machtpolitik durchsetzen zu können, ist ein traditioneller Bestandteil kon-

servativer bürgerlicher Ideologie. Er soll verdecken, daß die wirklichen Ursachen antikapitalistischer und antiimperialistischer Bewegungen in den Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer kolonialen oder imperialistischen Herrschaft selber liegen. Zudem widerspricht diese Unterstellung den im Programm der PAIGC niedergelegten Zielen der politischen Unabhängigkeit und Blockfreiheit sowie den Äußerungen Cabrals über die Hilfe der sozialistischen Länder, speziell der Sowjetunion, für die Freiheitsbewegung (6). Aber das bürgerliche Bewußtsein kann sich keine antiimperialistische Bewegung ohne Hintermänner und Drahtzieher vorstellen. Es hat freilich noch nicht ausmachen können, wessen Handlanger die PAIGC nun eigentlich sei - einige Zeitungen (z.B. Die Welt am 26.1. oder der Donau-Kurier am 23.1.) tippen auf Moskau, das natürlich im Atlantischen Ozean Stützpunkte für seine Flotte braucht, andere (z.B. Rhein-Neckar-Zeitung, 31.1.) auf Peking.

2. Es habe einen Konflikt zwischen Cabral und den Präsidenten der benachbarten Republiken Guinea, Sékou Touré, und Senegal, Léopold Senghor, gegeben, die einen Plan zur künftigen Aufteilung Guineas entwickelt hätten.



**WIR LASSEN SIE DURCH IHRE ARBEIT AN DER VERBESSERUNG DES WOHLTS DER MENSCHHEIT TEILNEHMEN...**

Diese durch nichts belegte Behauptung verfolgt das Ziel, die wirklichen Kolonialherren, die fremde Länder aufteilen und sich einverleiben, nicht in Europa zu suchen, sondern in Conakry und Dakar anzusiedeln. Es bleibt die Tatsache, daß beide Nachbarstaaten die Unabhängigkeitsbewegung von Guinea-Bissau bisher unterstützt haben, obwohl ihre Präsidenten andere politische und gesellschaftliche Ziele verfolgen mögen als Cabral. Aber die antiimperialistische Solidarität zahlreicher junger afrikanischer Staaten mit der PAIGC wird von der bürgerlichen Presse nicht zur Kenntnis genommen. Sie meldet, daß Cabral von der Miliz und Polizei in Conakry getötet worden sei, die in der Nacht zum 21. Januar 1973 das dortige Hauptquartier der PAIGC angegriffen hätte (7). Diese Nachricht wird für bare Münze genommen, obwohl ANI selbst am 23. Januar betont hat, sie sei nicht in der Lage, diese in

Bissau kursierenden Berichte zu bestätigen (Neue Züricher Zeitung, 24.1.).

3. Es habe scharfe Konflikte zwischen dem Händler-Stamm der Fulani und der PAIGC gegeben. Cabral habe erklärt, daß "die Fulani größere Imperialisten als die Portugiesen" seien.

Diese Aussage soll ebenso wie die beiden zuerst aufgeführten davon abhalten, die Imperialisten in den kapitalistischen Ländern Westeuropas zu suchen. Sie klärt nicht darüber auf, daß Differenzen zwischen den einzelnen Stämmen von dem Kolonialsystem immer künstlich geschürt worden sind, um sie gegeneinander auszuspielen und die Herausbildung einer gemeinsamen Abwehrfront zu verhindern. Die Vereinigung verschiedener ethnischer Gruppen - dies hat Cabral in seinen Schriften immer wieder hervorgehoben - ist eine wichtige politische Aufgabe, die sich die Befreiungsbewegung stellt.

4. Es habe immer wieder Konflikte zwischen den Moslems und Cabral gegeben, der sich als Atheist bekannt habe.

Diese Behauptung soll suggerieren, daß die Unabhängigkeitspartei die religiösen Empfindungen der Völker mißachtet. Dies entspricht nicht der Realität, die PAIGC hat sich stets bemüht, die religiösen Traditionen der Bevölkerung zu berücksichtigen. Cabral erklärte zu dieser Frage:

"Wir enthielten uns jeder Feindseligkeit gegenüber dem Glauben unseres Volkes...Wir haben uns nur entschieden dem widersetzt, was gegen die Würde des menschlichen Wesens verstößt. Wir sind stolz darauf, unserer Bevölkerung den Gebrauch von Fetischen, Amuletten und anderen Dingen dieser Art, die wir "Mezinhos" nennen, nicht verboten zu haben. Es wäre eine völlig absurde und falsche Konzeption gewesen. Wir ließen die Menschen sich selbst darüber klar werden, daß ihre Fetische ihnen nichts nützen...Wenn anfangs ein kämpfender Genosse einer "Mezinha" bedurfte, hatte er wahrscheinlich eine greifbar, aber er lernte, und er lehrte es die anderen, daß der Schützengraben die beste "Mezinha" ist" (8).

Der Kolonialismus versucht, nicht nur die Stämme, sondern auch die Religionen voneinander zu separieren, um die Bevölkerung besser beherrschen zu können. So werden in neuerer Zeit in Guinea-Bissau Moslems kostenlos nach Mekka, Katholiken nach Fatima in Portugal gebracht (9). Aufgabe der Befreiungsbewegung ist es, dort Einigkeit und Solidarität herzustellen, wo der Kolonialismus trennt und spaltet.

5. Es habe wachsende Spannungen zwischen der afrikanischen Bevölkerung Guineas und den Einwohnern der Kapverdischen Inseln (von denen auch Cabral abstammte) gegeben.

Tatsächlich existieren zwischen beiden Bevölkerungsgruppen Differenzen, die Resultat der langjährigen Kolonialpolitik sind: Die

Portugiesen haben in Guinea-Bissau immer schon Kapverdianer auf den unteren Ebenen als Verwalter eingesetzt, die deshalb "recht verhaßt" (F.A.Z., 23.1.) waren. Bei der Ermordung Cabrals scheinen diese Differenzen eine Rolle gespielt zu haben. Dem Mörder hat man, ebenso wie den anderen Afrikanern, die als "Überläufer" in die PAIGC eingeschleust wurden, versprochen, Guinea die Unabhängigkeit zu gewähren, wenn nur die PAIGC zerschlagen und das Gebiet der Kapverdischen Inseln weiterhin unter portugiesischer Kontrolle verbleiben würde (10).



**WIR HABEN SIE BEHANDELT  
WIE UNSERE BRÜDER...**

### III.

Die Identifikation mit der portugiesischen Kolonialpolitik geht bei der Springer-Presse besonders weit. Die "Welt" diffamiert die Befreiungsbewegung mit der Behauptung, Cabral habe die Führungspositionen der PAIGC mit Bewohnern der Kapverdischen Inseln besetzt, für die die afrikanische Bevölkerung alle mühselige und gefährliche Arbeit hätte verrichten müssen. Siegmars Schelling schreibt:

"Verschwiegen wird, daß der auf den Kapverdischen Inseln geborene Cabral die Spitzen der PAIGC mit seinen Leuten besetzte. Mit dem Gewehr im Dschungel in Morast und Sumpf standen andere: die weniger gebildeten Afrikaner Guineas. Sie zählten die Toten, stellten die Mitglieder jener Himmelfahrtskommandos, die Wehrdörfer und Städte anzugreifen hatten. Cabral saß weit vom Schuß in Conakry" (Die Welt, 24.1.; ähnlich auch Schellings Bericht in Rheinischer Merkur, 2.2.).

Einen Tag zuvor hatte die "Welt" über Cabral noch geschrieben (23.1.):

"Was ihm bei seinen Leuten - nicht nur bei seinen Guerillos - die Anerkennung verschaffte, war sein häufiger Kontakt mit den Bauern und Fischern im Kampfgebiet Guineas".

Diese Aussage hat nun kaum in die dezidiert gegen die Befreiungsbewegung gerichtete Strategie der "Welt" gepaßt, und so wird am nächsten Tag das Gegenteil behauptet. Die Führungspositionen innerhalb der PAIGC sind - Schelling zufolge - deshalb in den Händen der Bewohner der Kapverdischen Inseln, weil diese die "höhere Intelligenz" besitzen (Die Welt, 26.1.): "Die Spitze der PAIGC hatte er mit

'seinen Leuten', hellhäutigen, intelligenten Kapverdianern besetzt" (Rheinischer Merkur, 2.2.). Es sind also wiederum nicht die portugiesischen Kolonialisten, welche die Afrikaner unterdrücken, sondern die "hellhäutigen, intelligenten" Kapverdianer, das "mit portugiesischem Blut gemischte Inselvolk" (Die Welt, 23.1.).

Ihre bedingungslose Unterstützung des portugiesischen Kolonialkrieges dokumentiert die "Welt" auch in einem längeren Bericht Schellings, der im Dezember 1972 in "Portugiesisch-Guinea" an einer militärischen Operation des Landungsbootes "NRP Bombarda" teilnahm; sein Bericht "Portugal in Afrika: Auch nach Cabrals Tod wird im Busch gekämpft" (Welt am Sonntag, 28.1.) ist im Stil der Vietnam-Artikel des F.A.Z.-Berichterstatters A. Weinstein abgefaßt.

Schelling teilt mit, daß an der Operation "Grande empresa" (Großes Unternehmen), der umfangreichsten der vergangenen Jahre, 1250 Soldaten, 2 große und 7 kleine Landungsboote, 2 Fiat-G-91-Düsenjäger, 2 Do 22 und 5 Alouette-Hubschrauber teilgenommen haben (die Frage, wer diese Kriegsmittel geliefert hat, interessiert Schelling nicht). Der Oberbefehlshaber, der dreißigjährige Carlos Gomes, ist von amerikanischen Marines ausgebildet worden. Die Soldaten sollen Wehrdörfer im Süden des Landes, am Rio Cumbija, errichten. Während des Feldzuges werden 9 PAIGC-Kämpfer getötet und 3 gefangen genommen. Der Terror in Guinea wird natürlich von der PAIGC ausgeübt: "Dort, in dieser unwegsamen Wildnis, hatten die Männer Cabrals einen Brückenkopf aufzubauen versucht, wehrlose Dorfbewohner verschleppt, die zurückgebliebenen durch Terror zur Zusammenarbeit gezwungen."

In derselben Nummer der "Welt am Sonntag" erhält der Gouverneur und Oberbefehlshaber der "Überseeprovinz" Antonio de Spínola Gelegenheit, seine Ziele darzulegen. An eine Reduzierung der portugiesischen Truppen denkt er in der nächsten Zeit nicht, da

"sich die Streitkräfte in Guinea über die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung hinaus mit der Verbesserung der Infrastruktur der Provinz, der Ausbildung der Bevölkerung durch Militärlehrer und der medizinischen Versorgung durch Militärärzte" befassen.

Immer mehr Afrikaner sollen künftig zum Militärdienst herangezogen werden. Spínola erläutert die zutiefst humanistischen Absichten der Kolonialherren: "Unsere Politik verfolgt die Entwicklung des Landes, die Ausbildung der Bevölkerung zum Wohl der Würde des Men-

schen und bereitet die zunehmende Beteiligung der Afrikaner an der Verwaltung ihrer eigenen Interessen vor"(wenn die Beteiligung erst "vorbereitet" wird, ist sie offensichtlich gegenwärtig nicht vorhanden). Der Gouverneur tritt dafür ein, daß die Vernunft herrscht und sich die Menschen wieder miteinander aus-söhnen (diesem Zweck dienen offensichtlich auch die eingesetzten Kanonenboote und Flug-zeuge):

"Ich werde auch in Zukunft die Argumente verwenden, die stets die meinen waren: die Vernunft, die Wahrheit, die Authentizität. Ich hoffe, daß die internationale Propaganda gegen mein Land in dem Maße abnimmt, in dem die Macht der Vernunft die uneingestanden Interessen in den Hintergrund drängt, die die Menschen in unserer Welt entzweien."

Auch diese salbungsvollen Erklärungen werden die Völker von Guinea-Bissau, Angola und Moçambique kaum daran hindern, für ihre - eingestanden - Interessen einzutreten, die mit der Kolonialherrschaft, auch wenn sie Teilre-formen anbietet und begrenzte Konzessionen macht, unvereinbar sind. Der Mord an Cabral, der nicht unbedingt als Zeichen der Stärke des Kolonialsystems zu werten ist, wird des-sen Tage kaum verlängern.

Ein Kämpfer kann ermordet werden - die von den Massen getragene Freiheitsbewegung nicht.



UND JETZT, WO SIE GEGEN UNS  
REVOLTIEREN... DIESE KANALKEN...  
WOLT IHR JAMMER NOCH BEHAUPTEN  
DASS DAS GLEICHWERTIGE MENSCHEN SIND?..!

#### Anmerkungen:

- 1) S.J.Bosgra und Chr. van Krimpen, Portugal and Nato, Amsterdam 1969
- 2) Z.B. F.A.Z. 23.1., Mannheimer Morgen 23.1., Südwest-Presse 23.1., General-Anzeiger, Bonn, 23.1.
- 3) Zum Verhältnis von Imperialismus und imperialistischer Ideologie vgl. R.Hilferding, Das Finanzkapital, Berlin 1947, S. 463 ff. (XXII. Kapitel)
- 4) Wolfgang Breuer, Vietnam-Berichterstattung in der BRD, in: AIB 1972, Nr. 8, S. 24-26
- 5) Zum folgenden: F.A.Z. vom 23.1.
- 6) Das Parteiprogramm der PAIGC ist abgedruckt in: Angola, Guinea, Moçambique, Dokumente und Materialien des Befreiungskampfes, herausgegeben von Barbara Schilling und Karl Unger, Frankfurt/M. 1971, S. 84 -

92. Über Cabrals Haltung zu den sozialistischen Ländern informieren seine Reden auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU und dem VIII. Parteitag der SED, vgl. auch AIB Nr. 2/1973

- 7) Z.B. Flensburger Tageblatt 24.1., Rhein-Neckar-Zeitung 24.1., Westfälischer Anzeiger und Kurier 24.1., Süddeutsche Zeitung 24.1., F.A.Z. 24.1., Der Tagesspiegel 24.1.
- 8) Angola, Guinea, Moçambique, aaO., S. 32 - 33
- 9) Der Kampf um Guinea-Bissau, herausgegeben vom Komitee südliches Afrika, Heidelberg 1972, S. 37
- 10) Über den Mord selber ist bisher folgendes bekannt: Cabral wurde am 20.1.1973 nach 22 Uhr vor seiner Wohnung in Conakry erschossen, nachdem er vorher Gespräche mit einer FRELIMO-Delegation unter Leitung von Samora Machel geführt und sich anschließend in der polnischen Botschaft aufgehalten hatte. Der Mörder, Innocentio Kani (in früheren Mitteilungen wurde sein Name mit Innocente Camil angegeben) war einer der Verantwortlichen der Marineeinheiten der PAIGC. Mit anderen Elementen nahm er nach dem Mord verschiedene Kader der PAIGC, unter ihnen Aristide Pereira, gefangen, die gefesselt und auf ein Schiff gebracht wurden. Es wurde außerhalb des Hafens von Conakry auf dem Weg nach Bissau von Booten der Republik Guinea aufgebracht. Luiz Cabral, einer der Brüder Amilcar Cabrals, erklärte gegenüber einem senegalesischen Journalisten: "Amilcar Cabral war nicht wachsam genug, denn die wichtigsten Exekutoren dieses Verbrechens gehörten zur portugiesischen Kolonialarmee und wurden, unter dem Deckmantel von Deserteuren und nationalistischen Partisanen der PAIGC nach Conakry gebracht, wo sie sogleich in die Reihen der militärischen Kräfte der PAIGC aufgenommen wurden." (Le Monde, 31.1.) Weitere Einzelheiten finden sich in "Facts and Reports" (Amsterdam), Jg. 1973, Nr. 3 und 4.

## 10 000 Schulhefte und Bleistifte für die Kinder in den portugiesischen Kolonien



Die Befreiungsbewegungen von Angola, Guinea-Bissau und Moçambique brauchen unsere materielle Solidarität. Die Sammlung von 10 000 Schulheften und Bleistiften für die Schulkinder in den befreiten Gebieten soll unser Beitrag sein, den wir bis zum Beginn der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten (18.7. - 5.8. 73 in Berlin/DDR) leisten wollen die unter dem Thema "Jugend gegen den Imperialismus" stattfinden werden. Deshalb rufen wir besonders die Schüler und Studenten auf, sich dieser Aktion anzuschließen und entweder Geld oder Hefte und Stifte zu sammeln.

Geldspenden werden unter dem Stichwort "10000 Schulhefte" auf das Konto Köln 01 287 Sparkasse Wilhelm Brauer, Köln, erbeten

Selbstspenden werden von der Redaktion des "Antimperialistischen Informationsbulletens" gesammelt unter der Anschrift: Barbara Schilling, 355 Marburg, Liebigstraße 46

# DOMINIKANISCHE REPUBLIK

## Jürgen Ostrowsky Zu den jüngsten Ereignissen

Am 7. Februar meldete die "Frankfurter Rundschau" die Landung einer Gruppe von Guerillakämpfern unter Führung des Oberst Caamano Deno in einer Bucht der Dominikanischen Republik (D.R.). Kurz darauf verhängte die Rechtsregierung Balaguer, welche den 1963 gestürzten linksliberalen Präsidenten Juan Bosch der Beteiligung an dieser Aktion beschuldigte, den Ausnahmezustand über die karibische Inselrepublik; Anfang März ließ sie vermutete Schlupfwinkel der Partisanen bombardieren.

Die Namen Balaguer, Bosch und Caamano erinnern die Weltöffentlichkeit wieder an die Ereignisse des Jahres 1965, deren Schlüsselfiguren diese drei Politiker waren: Im Frühjahr 1965 hatten die Vereinigten Staaten der langen Kette ihrer Aggressionen gegen die Völker der "Dritten Welt" die Invasion der D.R. hinzugefügt und die demokratische Bewegung blutig niedergeschlagen: getreu ihrer konterrevolutionären Strategie, namentlich in Lateinamerika keinerlei Reformversuche zuzulassen, die auch nur entfernt auf Kosten der allmächtigen Rohstoffmonopole der USA gehen könnten, in deren Würgegriff sich nahezu alle lateinamerikanischen Länder befinden. Dieser Fall US-amerikanischer "Big-stick"-Politik (die von Th. Roosevelt verkündete Politik des "großen Knüppels") hatte ein Vorbild: Bereits von 1916 bis 1924 hatten die USA die Inselrepublik besetzt gehalten, um die Herrschaft ihrer Monopole zu garantieren.

Nicht zu Unrecht befürchteten die US-Monopolherren und ihre Verbündeten, daß diese Bewegung ernst mit einigen dringenden Reformen machen und damit die Interessen der Zuckertrusts und Aluminiumkonzerne berühren könnte. Die ALCOA z.B. beutet die reichen Bauxitvorkommen der D.R. aus; die United Fruit Co. beherrscht das Bananenanbau- und -exportgeschäft.

Mit dem Beginn der blutigen Diktatur Trujillos im Jahre 1930, einer Kreatur vom Schlage der Batista in Cuba und Jimenez in Venezuela, erübrigten sich vorerst derartige direkte

Eingriffe. Trujillos Schreckensherrschaft machte die Republik zu einer der ärmsten Amerikas, indem sie die Bevölkerung der ungehinderten Ausbeutung durch die US-Konzerne überließ und einer korrupten einheimischen Bourgeoisie die Bereicherung aus dem ermöglichte, was die amerikanischen Blutsauger übrigließen. Nach Trujillos Ermordung 1961 brachten die darauf folgenden ersten demokratischen Wahlen einen klaren Sieg der PRD (Partido Revolucionario Dominicano) und ihres Kandidaten Juan Bosch. Eine seiner ersten Amtshandlungen war die Verabschiedung einer Reformverfassung. Da durch diese Reformen die Interessen der reaktionären Bourgeoisie und Militärs wie des US-Kapitals betroffen waren, dauerte es kein halbes Jahr, bis eine Offiziersclique mit Unterstützung des CIA die rechtmäßige Regierung stürzte.

1964 nahm sie ein Finanzprogramm des Weltwährungsfonds an (des Hauptgremiums US-imperialistischer Währungspolitik), das, so der Kennedy-Biograph Schlesinger, zur Verringerung des Pro-Kopf-Einkommens, vergrößerter Arbeitslosigkeit und im Frühjahr 1965 zu politischen Unruhen führte.

In einem von einer Reihe demokratischer Bewegungen mitgetragenen Staatsstreich gegen die reaktionäre Militärjunta wurde eine provisorische Regierung eingesetzt, an deren Spitze Oberst Caamano und eine Gruppe fortschrittlicher Offiziere standen. Diese demokratische Bewegung verlangte die Wiedereinsetzung des 1962 frei gewählten Präsidenten Bosch und die Rückkehr zur Verfassung von 1963.

Gegen diesen Versuch, eine demokratische Regierung zu bilden, mobilisierten Pentagon und Wall Street die Konterrevolution. US-Zuckerkonzerne kontrollieren 4/5 der Landesproduktion (Plantagenarbeiter der US-Konzerne verdienen im Durchschnitt 1 Dollar pro Tag).

Die wahren Gründe der US-Aggression erfaßt

selbst der linker Neigungen unverdächtige Senator Fulbright in seiner Kritik der US-Außenpolitik, nämlich: Daß "die amerikanischen Streitkräfte .... nicht, wie offiziell behauptet wurde und behauptet wird, deshalb landeten, um amerikanische Menschenleben zu retten, sondern aus dem wichtigsten, wenn nicht einzigen Grund, eine Revolution niederzuschlagen".

Im April 1965, nachdem die provisorische Regierung unter Oberst Caamano die Verfassung von 1963 wieder in Kraft gesetzt hatte, ordnete Präsident Johnson die Invasion durch 20 000 Marineinfanteristen an. In der "Organisation Amerikanischer Staaten" setzte der US-Botschafter Ellsworth Bunker die Bildung einer "Internationalen Streitmacht" aus fünf Ländern durch (Brasilien - dessen fortschrittliche Goulart-Regierung die CIA 1964 beseitigt hatte, sowie die US-Vasallen Honduras, Nikaragua und Kostarika und die USA selbst). Bunker ist Aufsichtsratsmitglied der National Sugar Refining Co., die neben der South Puerto Rico Sugar Co. den Rohrzuckeranbau in der D.R. beherrscht; deren Aufsichtsratsmitglied Joseph Farland war Botschafter der USA in der D.R..

Die Konterrevolution siegte, gestützt auf die Macht US-amerikanischer Bajonette. Damit war auch die Stellung der US-Monopole wieder gesichert.

Aus den im Sommer 1966 abgehaltenen Wahlen ging der Kandidat der Rechten und Favorit der USA, Balaguer, als Sieger hervor. Die Propagandatrups der U.S. Information Agency (USIA) probierten im Wahlkampf Methoden der Manipulation, wie sie von ihr ein Jahr später auch in Vietnam angewandt wurden (in den Wahlen, aus denen die Thieu/Ky-Clique als "Sieger" hervorging). Überhaupt trägt die US-Intervention in der Dominikanischen Republik Züge eines Testfalles konterrevolutionärer Operationen. Juan Bosch zog in seinem Versuch einer Analyse der US-Politik nicht zufällig die Parallele zur Aggression in Vietnam: "So wurde ... die Dominikanische Republik den Methoden unterworfen, die man in Vietnam praktiziert hatte. Das kleine Antillenland wurde vietnamisiert, und gleichzeitig wurde Vietnam dominikanisiert, weil man in Vietnam die in Santo Domingo gesammelten Erfahrungen anwenden konnte. Das ging so weit, daß man Mr. Ellsworth Bunker zum Botschafter in Saigon ernannte, weil er nach Meinung des Pentagonismus in der D.R. einen bedeutenden Erfolg errungen hatte."\*

Unter dem Regime Balaguers blieb die D.R. eines der rückständigsten Länder Lateinamerikas: Hohe Kindersterblichkeit und gesundheitliche Unterversorgung, eine Analphabetenquote

von über 50%, niedrigste Löhne bei ständig steigenden Lebenshaltungskosten und eine bei etwa einem Drittel liegende Arbeitslosigkeit kennzeichnen die soziale Lage der Bevölkerung. Gleichzeitig verschärfte die Balaguer-Regierung die Repression: Im November 1966 wurde eine reaktionäre Verfassung verabschiedet, welche die Rechte der Gewerkschaften erheblich beschnitt; Unruhen, die auf eine Einfrierung bzw. Kürzung der Löhne und Gehälter 1966 folgten, dienten zum Anlaß des Verbots politischer Betätigung für zwei Jahre; andererseits häuften sich die Terrorakte rechter Gruppen gegen fortschrittliche Politiker, Gewerkschafter und Kommunisten; Demonstrationen und Streiks wurden blutig niedergeschlagen.



Seit der US-Intervention verstärkt sich ständig der Kampf der demokratischen Kräfte gegen diese Verhältnisse. So kam es, daß Balaguer in den Wahlen 1970 zwar wiedergewählt wurde - nach massiver Einschüchterung und Manipulation der Wähler - , daß aber einem Aufruf der PRD zum Wahlboykott 35% der Wahlberechtigten folgten. Die PRD entwickelte sich unter der Führung Juan Boschs weit über ihre ursprüngliche bürgerlich-liberale Position hinaus. Angesichts der gegenwärtigen Repressionswelle nach der Landung der Caamano-Gruppe beschloß Bosch, den Kampf illegal fortzuführen. 1971 schloß die KP der Dominikanischen Republik mit anderen fortschrittlichen Kräften ein Abkommen zur Vereinigung der progressiven Kräfte; Balaguer antwortete mit unverhüllten Drohungen, die Militärdiktatur wiederzuerrichten und verschärfter politischer Unterdrückung. Damit verstärkt sich jedoch der Widerspruch zwischen der Bevölkerung und den herrschenden Gruppen der Militärs, der Großbourgeoisie und ihren amerikanischen Hintermännern und Beschützern.

Die sozialen Unruhen und das Anwachsen der demokratischen und revolutionären Bewegung (be-

reits 1967 hatte die Regierung die Existenz von Guerillas zugeben müssen) deuten eine Wende in der Entwicklung der D.R. an. Der Versuch der Freiheitskämpfer unter Führung Caamano (der Regierungsberichten zufolge bereits gefallen sein soll) ist ein Ausdruck dieser neuen Phase der Auseinandersetzung. Beeindruckt und mit neuem Elan versehen durch die Niederlagen des US-Imperialismus in Indochina und im Sabotagekrieg gegen Cuba, durch die er-

folgreichen Versuche, sich dem US-Imperialismus zu widersetzen, in Peru und Chile, beginnen auch die Völker der kleinen mittelamerikanischen Republiken, den Kampf gegen ihre einheimischen Unterdrücker und die Herrschaft der US-Monopole aufzunehmen.

#### Anmerkungen:

\* Juan Bosch, Der Pentagonismus - oder die Ablösung des Imperialismus? Reinbek bei Hamburg 1969, S.74

# VIETNAM

Jutta v. Freyberg

## Vietnam - neue Etappe im Kampf um die Sicherung des Friedens

### Das Abkommen über die Beendigung des Krieges

Schwierigkeiten bei der Beurteilung des "Abkommens über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" vom 27. 1. 1973<sup>1)</sup> finden sich nicht nur bei solchen "öffentlichen Meinungsmachern", die mit Einschätzungen wie: "das Abkommen ändere nicht viel an der Situation in Vietnam" sich über die Niederlage des US-Imperialismus hinwegtäuschen wollen. Unsicherheit und Verwirrung wird auch in solchen Einschätzungen sichtbar, die im Abkommen eine "Gefährdung des vietnamesischen Befreiungskampfes" (wie die Zeitschrift "links"<sup>2)</sup>) oder zumindest keinen Gewinn für das vietnamesische Volk sehen. Auch wer glaubte, daß nach Beendigung des Krieges die Südvietnamesen mit dem Aufbau des Sozialismus beginnen würden (wie z. B. jüngst die "Volkshilfe Sozialistisches Vietnam"<sup>3)</sup>), sieht sich zu Recht enttäuscht.

Doch die Ziele, für die das vietnamesische Volk kämpfte und auch heute kämpft und die von der weltweiten Solidaritätsbewegung unterstützt wurden, nämlich

- sofortige, bedingungslose Einstellung jeglicher Kampfhandlungen der US-Truppen, vollständiger Abzug aus Vietnam, Auflösung der Stützpunkte, Garantierung der nationalen Grundrechte -

sind durch das Abkommen zum Teil schon erreicht oder vereinbart. Schon der Abzug der US-Truppen allein bedeutet eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der PRR der RSV und der "neutralen"<sup>4)</sup> Kräfte. Die Beendigung des Luftkrieges gegen die DRV ermöglicht den Wiederaufbau des Landes und wird

eine Stärkung des sozialistischen Lagers mit sich bringen. Die Erreichung dieser Teilziele ist keine Niederlage, sondern ein Sieg des vietnamesischen Volkes.

Die entscheidenden Artikel des Abkommens ( 9 - 15 ) über die politische Strukturierung Südvietnams entsprechen in weiten Teilen den politischen Programmen und Forderungen der FNL und der PRR der vergangenen Jahre. Die Gewährung der demokratischen Freiheiten, die Bildung einer Regierung der nationalen Eintracht und die schrittweise Wiedervereinigung von Norden und Süden des Landes bilden zentrale Inhalte des Abkommens.

Die nationalen Grundrechte - Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität - wurden (in Art. 1) von allen beteiligten Parteien - auch von den USA - anerkannt. Der Maßstab für die Beurteilung der zukünftigen Politik aller Beteiligten, für die Einhaltung und Verletzung des Abkommens, ist für alle Welt sichtbar und eindeutig gesetzt.

### Die Weltkonferenz über Vietnam in Rom

Prof. Hoang Minh Gian, der Leiter der Delegation der DRV bei der Rom-Konferenz<sup>5)</sup> und Kultusminister der DRV, beurteilte das Abkommen als "einen großartigen Sieg in dem ruhmreichsten Widerstandskampf gegen Aggression in der Geschichte des vietnamesischen Volkes".<sup>6)</sup> Da der "Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit in Vietnam, Laos und Kambodscha zur gemeinsamen Sache der gesamten Menschheit" gemacht worden sei, so folgerte Prof. Hoang, dürfe "der Sieg des vietnamesischen Volkes nicht von der machtvollen Bewegung zur Unter-

stützung unseres gerechten Kampfes durch die Völker der Welt getrennt werden. Unser Sieg ist auch ein großer Sieg der Völker der sozialistischen Länder und aller Frieden und Freiheit liebenden Völker und der fortschrittlichen Menschheit. Es ist ein Sieg des Gewissens der Menschheit und der der moralischen Werte, ein Sieg der sich ständig entwickelnden Bewegung für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt."



- 1.v.l.: Prof. Hoang Minh Gian, Kultusminister der DRV  
 2.v.l.: Nguyen Van Tien, stellvertr. Leiter der PRR-Delegation bei den Pariser Vietnam-Gesprächen

Diese grundsätzliche Einschätzung teilten alle Teilnehmer an der "Weltkonferenz über Vietnam", die, vom italienischen Vietnam-Komitee und der Stockholmer Vietnam-Konferenz veranstaltet, vom 22. - 24. Februar dieses Jahres unter Beteiligung von Delegierten aus 65 Ländern in Rom stattfand.

Politische Erklärung:

#### **Für die Einhaltung des Friedensabkommens über Vietnam**

Die Weltkonferenz über Vietnam wurde vom Vietnam-Komitee Italiens und der Stockholmer Vietnam-Konferenz vom 22. bis 24. Februar 1973 veranstaltet und von den Repräsentanten von Ländern, politischen, sozialen und religiösen Kräften aller Kontinente besucht und unterstützt. Sie stellt eine außergewöhnliche internationale Versammlung zu dem historischen Zeitpunkt dar, da gerade zuvor das Abkommen vom 27. Januar über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam unterzeichnet worden war.

Dieses Abkommen ist die politische und gesetzliche Grundlage, welche die fundamentalen Rechte der Nation und der Bevölkerung Vietnams garantiert: Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität und Einheit. Das Recht auf Selbstbestimmung und auf demokratische Freiheiten für die Bevölkerung Südvietnams ist eindeutig definiert.

Die Konferenz ist fest davon überzeugt, daß sie den Wünschen der Völker der Welt entspricht, wenn sie der Beendigung des furchtbaren Krieges, den die US-Regierung gegen das vietnamesische Volk mit den unmenschlichsten Waffen der Vernichtung führte, mit großer Freude begrüßte.

Die Konferenz begrüßt den großen Sieg, den das vietnamesische Volk im Verlauf von Jahrzehnten heldenhaften Kampfes errungen hat. Dieser Kampf, den es in dem unbeugsamen Willen geführt hat, seine Freiheit und Unabhängigkeit zu sichern, hat die Bewunderung und Dankbarkeit der Menschheit gefunden.

Dieser Sieg wurde errungen mit der Hilfe der sozialistischen, fortschrittlichen und anderen friedliebenden Ländern und der Völker der Welt, die Schulter an Schulter mit dem vietnamesischen Volk kämpften.

Die Niederlage der Aggressionspolitik der US-amerikanischen Regierung hat große internationale Bedeutung. Diese Niederlage begünstigt die Entwicklung der Unabhängigkeits- und Friedensbewegung in der Welt. Sie eröffnet Perspektiven auf neue internationale Beziehungen des Friedens und der Zusammenarbeit.

Die Konferenz ist der Auffassung, daß die Erfüllung des Abkommens in sehr hohem Maße von der Wachsamkeit und Mobilisierung der öffentlichen Weltmeinung abhängt. Sie betont die klare und eindeutige Absicht der DRV und der PRR der RSV, das Pariser Abkommen strikt einzuhalten.

Aber die Nixon- und Thieu-Regierung stellen der Erfüllung des Abkommens immer neue Hindernisse entgegen. Um nur einige der Verletzungen von Wortlaut und Geist des Abkommens vom 27. 1. zu nennen: die Beteuerung (seitens der US-Regierung), daß die Saigoner Regierung die einzig legitime Regierung sei; die Weigerung, alle Militärbasen aufzulösen; die Einfuhr von Tausenden von US-"Beratern" in Zivil; militärische Operationen, die von der Luftwaffe und von schwerer Artillerie unterstützt werden; Hindernisse, die das Funktionieren der vorgesehenen Kommissionen beeinträchtigen sollen; die Nichtfreilassung von politischen Gefangenen; die Fortsetzung der Unterdrückungspolitik. Die Anwesenheit der US-Truppen und die Militärstützpunkte in der gesamten Nachbarregion sind Zeichen dafür, daß die US-Regierung von ihrer Politik der Stärke in diesem Teil der Welt nicht abgerückt ist.

Die Weltkonferenz über Vietnam betrachtet es als ihre Pflicht, die moralische und politische Verantwortung - der Internationalen Konferenz über Vietnam, die am 26. 2. in Paris mit dem Ziel begiant, die Einhaltung und Durchsetzung des Abkommens zu garantieren; - und jener Regierungen der internationalen Gemeinschaft, welche dieses Abkommen beachten und garantieren müssen, hervorzuheben.

Die Konferenz fordert von den internationalen und nationalen Gewerkschaften, politischen, religiösen, kulturellen, Frauen- und Jugendorganisationen, ihre Aktionen für die Einhaltung des Abkommens und die materielle und politische Hilfe für das vietnamesische Volk fortzusetzen, zu steigern und zu verbreitern.

Die Konferenz stellt fest, daß die Erfüllung des Abkommens und die Herstellung eines dauerhaften Friedens in Vietnam

und ganz Indochina die Hoffnungen und Wünsche der gesamten Welt ausmachen, die stärker sind als hier durch die Konferenz repräsentiert.

Diese große Bewegung darf nicht und soll nicht enttäuscht werden.

Gestern wie morgen - Vietnam bleibt die Sache der Menschheit.

Einstimmig angenommen.

(Dokument der Außerordentlichen Weltkonferenz über Vietnam, 22. - 24. Februar 1973 in Rom)

### Fortsetzung der imperialistischen Politik in Südostasien

So richtig es unter den genannten Aspekten ist, von einer "Niederlage der Aggressionspolitik der US-Regierung" zu sprechen - es ist eine Niederlage, die z. B. militärisch lokal begrenzt ist; es ist keine Niederlage des US-Imperialismus im Weltmaßstab. Es ist auch keineswegs so, - und dafür ist die fortdauernde Unterstützung Thieus durch die US-Regierung ein Beweis -, daß die USA ihre Interessen an Indochina aufgegeben hätten. Im Gegenteil - die US-Regierung bereitete sich schon vor Jahren auf die Situation in Südvietnam nach einem Abkommen vor: Prof. Samuel Huntington, Mitarbeiter von Henry Kissinger, arbeitete z. B. 1969 eine Studie aus, in welcher er u. a. feststellte, daß die Stärke der FNL in den ländlichen Gebieten bestehe und daß es daher darauf ankomme, die Kluft zwischen Stadt und Land zu überbrücken, d. h. die Wanderung aus den Dörfern in die Städte zu "organisieren". Über die politische Infrastruktur entwickelte er detaillierte Vorschläge, z. B. welches Wahlsystem am geeignetsten für einen Sieg der US-Regierung wäre. 7)

Nachdem den USA die unmittelbare Präsenz in Südvietnam nun nicht mehr möglich ist, hat die Thieu-Regierung für die USA an Bedeutung gewonnen. Sie ist es, die die politischen und wirtschaftlichen Interessen der USA wahrnehmen soll; sie soll gewährleisten, daß sich die US-Konzerne am Wiederaufbau Südvietnams gesundstoßen können, die Wirtschaft kontrollieren und die Ölvorkommen vor der indochinesischen Halbinsel 8) ausbeuten können. Nationale Souveränität im Bereich der Wirtschaft, Aufbau einer nationalen Volkswirtschaft - die Verwirklichung dieser Forderungen des Abkommens soll die Thieu-Regierung ebenso verhindern wie die politische Unabhängigkeit Südvietnams von den USA.

Südvietnam soll ein neokolonialistischer Stützpunkt für die nach wie vor bestehenden imperialistischen Ziele der USA in Südostasi-

en sein. Sonst hätte die US-Regierung längst die Konsequenzen aus ihrer militärischen Niederlage auch in Laos und Kambodscha gezogen und ihre Truppen aus diesem Teil der Welt - auch aus Thailand - abgezogen.

Deutlichster Beweis für die Fortsetzung der alten imperialistischen Ziele unter den veränderten Bedingungen und mit anderen Mitteln ist die Tatsache, daß die US-Regierung sich nicht scheut, unmittelbar nach Unterzeichnung gegen das Abkommen zu verstoßen und die ständigen Verletzungen durch die Thieu-Verwaltung zu unterstützen. So ließ die US-Regierung hören, sie betrachte die Thieu-Regierung als einzig legitimen Vertreter Südvietnams - obwohl doch im Abkommen stets von den "beiden südvietnamesischen Parteien" gesprochen wird. Es liegen mittlerweile eindeutige Beweise vor, daß Thieu - unterstützt durch die US-Regierung - zahllose Artikel des Abkommens wiederholt verletzt hat:

Nguyen Van Tien, Vertreter des südvietnamesischen Friedenskomitees bei der Rom-Konferenz, berichtete von mehr als 100 militärischen Operationen (mit Luftwaffe, Artillerie und gepanzerten Wagen), die täglich gegen die befreiten Gebiete geführt werden. Die Saigoner Luftwaffe, Panzer, Artillerie und sogar chemische Giftstoffe werden in erster Linie gegen Wohngebiete eingesetzt. In dem unter Saigoner Kontrolle stehenden Gebiet wird das "Pazifizierungsprogramm" fortgesetzt, die Bevölkerung terrorisiert, patriotische und den Frieden fordernde Kräfte werden inhaftiert, um - wie es die Saigoner Regierung formuliert - die "Infrastruktur der Kommunisten" zu zerstören. 9)

Eine Unzahl weiterer Belege und Dokumente für die Unterdrückungspolitik Thieus und die Verletzung des Abkommens war die Grundlage für die Erklärung der Rom-Konferenz über "Unterdrückungsmaßnahmen und demokratische Freiheiten in Südvietnam".

Der Artikel 11 des Pariser Abkommens bestimmt konkret:

"Unmittelbar nach dem Waffenstillstand werden die beiden südvietnamesischen Parteien die

- nationale Aussöhnung und Eintracht erlangen, Haß und Feindseeligkeit beenden, alle Akte der Vergeltung und Diskriminierung gegen Menschen und Organisationen, die mit der einen oder anderen Seite zusammengearbeitet haben, verbieten;
- die demokratischen Freiheiten des Volkes sichern: persönliche Freiheit, Freiheit der Rede, der Presse, der Versammlung, der Organisation, der politischen Aktivität, des Glaubens, Freizügigkeit, freie Wahl des Wohnorts und des Arbeitsplatzes, Recht auf privates

Eigentum und freies Unternehmertum."

Diese Freiheiten gibt es nicht in jenem Gebiet Südvietnams, das von der Saigoner Verwaltung kontrolliert wird. Meeting, Demonstrationen, politische Parteien und Aktivitäten jeder Art, einschließlich der Herausgabe von Schriften, sind verboten. Gleichzeitig mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens erließ die Thieu-Regierung neue Gesetze, die die sofortige Liquidierung solcher Menschen beabsichtigen, die als Kommunisten oder Befürworter des Befreiungskampfes verdächtig sind.

Diese Konferenz ist auf der Grundlage von direkten und zuverlässigen Beweisen davon überzeugt, daß noch immer Tausende von Patrioten und friedliebenden Menschen aus politischen Gründen in den Gefängnissen sind und in allen Arten von Gefängnissen, die überall im Verwaltungsbereich des Saigoner Regimes zu finden sind, bis heute leiden müssen.

Die Häftlinge sind barbarischen Foltern ausgesetzt, die nicht nur ihre physische Widerstandskraft, sondern auch ihre geistige Kraft zerstören sollen.

In vielen Fällen wurden diese Häftlinge nun als "gewöhnliche Kriminelle" eingestuft, um die Anwendung des Pariser Abkommens über die Herstellung ziviler Freiheiten und über die Haftbedingungen für alle Personen, die sich in irgendeiner Weise am militärischen und politischen Kampf auf einer der beiden Seiten beteiligt haben, und ihre Freilassung in den jeweils anderen Teil Südvietnams zu verhindern. (...)

Dies ist Bestandteil einer Politik des Völkermordes am vietnamesischen Volk, die noch heute auf verschiedene Weise fortgesetzt wird. Ohne US-amerikanische Zustimmung und Hilfe mit Geld, Ausrüstung und Beratern wäre dies nicht möglich.

In Südvietnam hält Thieu den Ausnahmezustand aufrecht. Die Presse ist mundtot, oppositionelle Zeitungen sind verboten, politische Freiheiten existieren nicht.

Millionen von Flüchtlingen, die vor den Bomben der USA fliehen mußten oder die zwangsweise von US- und Saigoner Soldaten vertrieben wurden, leben unter erbärmlichen Bedingungen in Konzentrationslagern. Diese Flüchtlinge müssen sofort befreit werden. Ihnen muß die Freiheit gegeben werden, in ihre Dörfer zurückzukehren, aus denen sie gekommen sind, wo immer diese sein mögen, damit sie sich mit ihren Familien vereinen können und den Wiederaufbau Südvietnams beginnen können. Allen muß das Recht gesichert werden, unbehindert in die befreiten Gebiete zu reisen.

Einstimmig angenommen

(Dokument der Außerordentlichen Weltkonferenz über Vietnam, 22. - 24. Februar 1973 in Rom)

### US-Geheimdienste und „Gehirnwäsche“ durch die Massenmedien

Gründe für die geringen Informationen über die politischen Gefangenen und das südvietnamesische Polizei- und Terrorsystem sind in zwei Maßnahmen der US-Regierung zu suchen, die schon auf das Jahr 1954 zurückgehen.

1954 erklärte der damalige US-Präsident Eisenhower gegenüber Diem, einem Vorgänger Thiens, seine Bereitschaft, der "Regierung von Vietnam bei der Entwicklung und Aufrechterhaltung eines starken und lebensfähigen Staates zu unterstützen, der in der Lage ist, einer versuchten Subversion oder Aggression durch militärische Mittel zu widerstehen."<sup>10)</sup> In der Folgezeit machte sich eine große Zahl militärischer und halb-militärischer Organisationen der US-Regierung daran, in Südvietnam den Polizei- und Geheimdienst sowie den militärischen Apparat aufzubauen. An dieser Aufgabe beteiligten sich z. B.:

- die Military Advisory and Assistance Group (MAAG), die die südvietnamesische Armee zum Konventionalkrieg und später zum Guerillakrieg ausbildete;
- die Military Assistance Command Vietnam (MACV), die die südvietnamesische Regierung militärisch zu beraten hat;
- der US Informations Service (USIS), dem die Aufgabe der Nachrichtenverbreitung und Propaganda oblag;
- der CIA, der auch die Ausbildung von Agenten- und Sabotagegruppen wahrnimmt;
- die Michigan State University Group (MSUG), die die Ausbildung der politischen Polizei übernahm.<sup>11)</sup>

Mit der Hilfe und heute noch andauernden Beratung der US-Amerikaner und einer riesigen Kampagne, die in Südvietnam wie den USA durch die Massenmedien unterstützt zur Bekämpfung des Kommunismus in Vietnam geführt wurde, gelang es für lange Zeit, über den Polizeiterror in Südvietnam einen Schleier der Geheimhaltung zu breiten.

Diese wirkungsvollen Mittel der "Gehirnwäsche"<sup>12)</sup> waren auch in den Massenmedien der BRD am Werk.

Erst als im Juli 1970 durch eine Gruppe US-amerikanischer Kongreßabgeordneter, die die Gefängnisse der Insel Con Son besuchten, die Existenz von "Tigerkäfigen" bekannt wurde, konnte allmählich der Schleier der Geheimhaltung gelüftet werden. Obgleich nur gegen mächtigen Widerstand.

So berichten z. B. die beiden französischen Lehrer, Menras und Debris, die im Juli 1970 in Saigon verhaftet wurden, weil sie Flugblätter mit der Aufforderung an die US-Amerikaner, aus Vietnam abzuziehen, verteilten und im Zentrum von Saigon die Fahne der FNL gehißt hatten, über die Arbeit des Internationalen Roten Kreuzes:

Im Juli 1971 besuchte eine vier-köpfige

Delegation des Internationalen Roten Kreuzes das Gefängnis von Chi Hoa Gaol, in dem die beiden Franzosen inhaftiert waren. Diese übergaben der Delegation Informationen über die Räume, in denen gefoltert wurde, die Namen von Gefolterten und Deportierten in Form einer Dokumentation. Nach ihrer Freilassung und Rückkehr nach Frankreich im Januar 1973, konnten sie den Bericht des Internationalen Roten Kreuzes über diesen Besuch einsehen. In diesem Bericht war aus einer engen Zelle ohne jede Fensteröffnung, eine ausreichend geräumige und helle Zelle geworden.

Aus der Tagesration von ca. 100 g Brot, 2 kleinen, halb vergammelten Bananen und einer halben Büchse Kondensmilch wurde im Bericht: 500 g frisches Brot, 2 frische Bananen, 200 g Fleisch mit kleinen Rationen von Salz, Zwiebel und Fett, Reis in unterschiedlichen Mengen.

Das "Interview ohne Zeugen", das das Internationale Rote Kreuz mit den Gefangenen geführt haben will, wurde de facto in Anwesenheit von 20 Kapos, dem Leiter des Gefängnisses Kolonel Ky und dem obersten Sicherheitsoffizier, der ebenso wie der Kolonel französisch sprach, geführt. <sup>13)</sup>

### **Der Unterdrückungsapparat**

Nach einer Studie, die vom Stockholmer Komitee für die Freilassung der politischen Gefangenen in Südvietnam veröffentlicht ist, und einem Bericht von dem früheren Parlamentsabgeordneten für den Sozialistischen Block, Ngo Can Duc, besteht der Polizeiapparat der südvietnamesischen Administration aus verschiedenen, in ihren Funktionen nicht immer eindeutig definierbaren Abteilungen:

Das Saigoner Polizeipräsidium (Official Police Headquarter) verfügt über neun Polizeireviere in Saigon und nimmt im wesentlichen die regulären Aufgaben der Polizei wahr.

Die Geheimpolizei (Active Service Police) hat die Aufgabe, alle Bewegungen für Frieden und Neutralität, alle oppositionellen Bewegungen und Organisationen sowie FNL-Stützpunkte in Saigon zu zerschlagen. Sie hat in den Provinzen mehr als 20 Ämter.

Der Militärische Sicherheitsdienst (Bureau of Military Security) hat seine Agenten in jeder Armeeinheit und ist parallel zur Armee organisiert. Sein Aktionsfeld ist nicht auf die Armee beschränkt: Er hat auch die Befugnis, z. B. pazifistische Intellektuelle und antimilitaristische Kräfte zu verhaften und Gebäude und Häuser zu durchsuchen, die sich in der

Nähe von Armeeinrichtungen befinden.

Der Geheimdienst (Secret Service) ist Präsident Thieu direkt unterstellt. Er hat das Recht, überall Verhaftungen und Exekutionen durchzuführen. Die Geheimdienst - Agenten lassen häufig ihre Aufgaben von berufsmäßigen Killern aus der Saigoner Unterwelt durchführen.

Der Zentrale Nachrichtendienst (Central Intelligence Service) ist gegenwärtig eine von Südvietnamesen und US-Amerikanern gemeinsam geleitete und betriebene Organisation. Er wird vom CIA kontrolliert und mit anderen US-Geheimdienststellen, z. B. der Armee, koordiniert. Er ist das Zentrum für die Ausbildung von Doppelagenten.

Die Spezialeinheiten (American Special Forces), zu denen auch die berüchtigten "Green Berets" gehören, arbeiten im allgemeinen ebenfalls streng geheim; sie entwickeln Programme zur Unterdrückung, die für das ganze Land gültig sind, und sorgen für die Ausführung dieser Programme durch die örtliche Polizei. Die Spezialeinheiten sind eine rein US-amerikanische Behörde.

Generell läßt sich feststellen, daß heute stärker als früher die Infrastruktur des Unterdrückungsapparates von den US-Amerikanern beherrscht wird.

Ngo Cong Duc kommt auf Grund verschiedener Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß gegenwärtig von einer Bevölkerung von 17 Millionen Menschen ca. 200 000 in den 550 Gefängnissen und Konzentrationslagern festgehalten sind und daß durchschnittlich im Monat ca. 15 000 Menschen verhaftet wurden, so daß man davon ausgehen muß, daß im Verlaufe des Krieges ungefähr 1 Millionen Menschen inhaftiert wurden.

In den zentralen Gefängnissen sind z. Z. mehr als 103. 000 Gefangene festgehalten: In Chia Hoa in Saigon, das mit verschiedenen Folterinstrumenten ausgestattet ist, sind 10. 000 Gefangene; Phu Quoc auf den Phu Quoc-Inseln, nahe der kambodschanischen Seegrenze faßt 40. 000 Gefangene im Alter von 15 - 60 Jahren; Thu Duc in der Provinz Gia Ding ist ein Frauengefängnis mit 8. 000 Insassen; Tan Hiep, an der Straße von Bien Hoa nach Vang Tau gelegen, hat 10. 000 Gefangene; Co Dao Polo Condor (Con Son-Insel) hat 15.000 Gefangene in zwei Gefängnissen. Go Vop ist ein Militärgefängnis mit 15. 000 Inhaftierten; Geheime und halboffizielle Gefängnisse des Oberhauptquartiers der Nationalen Polizeikräfte

te in Saigon und der diversen Geheimdienste halten ca. 9. 000 Menschen gefangen.

In den Provinzgefängnissen sind mehr als 100. 000 Gefangene inhaftiert.

In den 58 offiziellen Provinzgefängnissen befinden sich durchschnittlich jeweils 500 bis 1. 000 Gefangene. Die Polizei, das "Phoenix"-Büro <sup>14)</sup>, der Militärische Sicherheitsdienst und die lokalen Streitkräfte haben in jeder Provinz je 1 Gefängnis mit durchschnittlich 30 bis 200 Gefangenen.

In den 260 Distrikt-Gefängnissen sind die Gefangenen der örtlichen Abteilung der "Special Police", der Experten des "Pazifizierungsprogramms" der Provinzregierung, und des Distriktchefs festgehalten.

Daneben gibt es 48 Untersuchungszentren (American Centers of Investigation) der US-Amerikaner, 48 Gefängnisse des Regionalen Armeehauptquartiers, 48 Polizeigegefängnisse der Provinzen und 48 Gefängnisse des Militärischen Sicherheitsdienstes.

### **Appell der 30 Organisationen**

Dokumentationen über den Polizeiterror in Südvietsnam, über die Behandlung politischer Gefangener und über die Folterungen und Konzentrationslager sind mittlerweile auch in den kapitalistischen Ländern zugänglich.

Im Februar 1973 wurde eine Liste von über 700 namentlich aufgeführten politischen Gefangenen mit einem Appell von 30 kulturellen, politischen und sozialen Organisationen (den neutralen Kräften zugehörig) der Öffentlichkeit übergeben, in welchem diese Organisationen die Freilassung der politischen Gefangenen in Übereinstimmung mit dem "Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" fordern und feststellen:

"Das Abkommen kann eine Grundlage für die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam nur dann sein, wenn alle beteiligten Parteien sich ernsthaft für die Einhaltung des Abkommens einsetzen. (...)

Die nationale Versöhnung und Eintracht in Vietnam kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle Unterzeichner des Abkommens sich unbedingt und konkret zunächst für die Freilassung aller Zivilpersonen einsetzen, die wegen ihres Kampfes für Frieden und Gerechtigkeit gefangen genommen und inhaftiert wurden, - gemäß dem Geist der Artikel 8 (c), 11 und 17 (a). Wir rufen deshalb auf:

Die Internationale Kontroll- und Überwachungskommission, die Regierungen, die das

Abkommen unterzeichnet haben, und die Internationale Vietnam-Konferenz sollen gemeinsam und unverzüglich intervenieren, damit die vietnamesischen Bürger, die für den Frieden und für ihr Land gekämpft haben und deshalb in den vergangenen Jahren eingekerkert wurden, freigelassen werden. Diese Menschen sind als Individuen oder Mitglieder von Organisationen, die nicht direkt der einen oder anderen kämpfenden Partei in Südvietsnam angehörten, inhaftiert worden."

Den 30 unterzeichnenden Organisationen, die den "neutralen" Kräften in Südvietsnam zuzurechnen sind, gehören u. a. an:

das Komitee für die Verbesserung des Gefängnisystems in Südvietsnam; acht konfessionelle Gruppen (buddhistisch, Cao Dai, christlich u. a.); die Progressiven Nationalistischen Kräfte; eine katholische und eine konfessionell nicht gebundene Friedensbewegung; Union der Privatlehrer; Konföderation der vietnamesischen Schülerunion; Verband der buddhistischen Studenten Saigons; Nationale Union der vietnamesischen Studenten und Studentenverbände einzelner Universitätsstädte; sieben konfessionelle und politische Frauenorganisationen; verschiedene Arbeiter- und Angestelltenverbände; die Bewegung für die nationale Selbstbestimmung sowie die Bewegung für den Wiederaufbau einer unabhängigen Wirtschaft. <sup>15)</sup>

Des Weiterenschlossen sich diesem Appell eine Reihe von Persönlichkeiten an, wie z. B. der frühere Ministerpräsident Le Van Hoach, acht katholische Geistliche, darunter ein Professor an der Saigoner Universität, vier Abgeordnete und Senatoren.

### **Gründe für die Verletzung des Abkommens**

Ruft man sich die erwähnte Studie des Kissinger-Mitarbeiters Huntington in Erinnerung und untersucht die Hauptformen der Verletzung des Abkommens durch die Thieu-Regierung, so drängt sich der Schluß auf, daß die US-Regierung dabei ist, den "Huntington"-Plan zu verwirklichen.

Die militärischen Operationen gegen die befreiten Gebiete, die Nichtfreilassung der politischen Gefangenen einschließlich derer, die den "neutralen" Kräften zugehören, die Nichtauflösung der Flüchtlingslager, die Verschärfung des Polizeiterrors in den unter Saigoner Kontrolle stehenden Gebieten, das Verbot der Freizügigkeit - alle diese Maßnahmen sind Fortsetzung einer Politik des Völkermordes; sie sollen verhindern, daß bei den im Abkommen geforderten freien Wahlen die Be-

völkerung tatsächlich frei wählen kann. Durch die Flächenbombardements der USA und die Vernichtungsaktionen der Marionettensoldaten aus den befreiten Gebieten in die Städte vertrieben, drängen sich nun 60 % der gesamten Bevölkerung in den größeren Städten zusammen, die von Thieu kontrolliert werden. Diese Millionen von Flüchtlingen und die mehr als 200. 000 politischen Gefangenen würden sicherlich nur zu einem verschwindend geringen Prozentsatz Thieu wählen; der verschärfte Polizeiterror soll die neutralen Kräfte einschüchtern; die Nichtgewährung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten soll generell die Entwicklung von unabhängigen demokratischen Organisationen und eines demokratischen Selbstbewußtseins der Bürger verhindern. Mit allen Mitteln soll Thieu die Wahl gewinnen.

### Aufgaben der Solidaritätsbewegung

Im Hinblick auf die Verheimlichung der ständigen Verletzung des Abkommens durch Thieu in den kapitalistischen Massenmedien, kann man sicherlich von einer Fortdauer der "Gehirnwäsche" sprechen. Schon jetzt wird systematisch versucht, der DRV und der PRR die Schuld für die Verletzung des Abkommens in die Schuhe zu schieben.

Die "öffentlichen" Kommentatoren des Weltgeschehens in den Massenmedien interpretierten jüngst die Ergebnisse der Pariser Vietnam-Konferenz: Die Verantwortung für das, was in Vietnam geschehen wird, liege bei den Teilnehmern der Konferenz.

Die Weltkonferenz über Vietnam hat in ihrer politischen Resolution die Verantwortung aller das Abkommen unterzeichnenden Parteien und aller Beteiligten an der Pariser Vietnamkonferenz ausdrücklich hervorgehoben. Sie hat aber gleichzeitig alle "internationalen und nationalen Gewerkschaften, politischen, religiösen, kulturellen, Frauen- und Jugendorganisationen" aufgefordert, "ihre Aktionen für die Einhaltung des Abkommens und die materielle und politische Hilfe für das vietnamesische Volk fortzusetzen, zu steigern und zu verbreitern".

### Anmerkungen:

- 1) Das AIB druckte den Abkommenstext in der Nummer 2/73 vollständig ab.
- 2) Vgl. Vietnam-Extrablatt; Januar 1973, der Zeitung "links".
- 3) Die Vorstellung, daß nach dem Abzug der US-Amerikaner aus Vietnam der Aufbau des Sozialismus auf der Tagesordnung stehe, wird von vielen linksopportunistischen Gruppierungen in der BRD vertreten - in Un-

kenntnis des Charakters des Befreiungskrieges (als einer national-demokratischen Revolution) und der politischen Programme sowohl der FNL als auch der PRR.

- 4) Ein Beispiel für die politische Charakterisierung der neutralen Kräfte wird im folgenden mit dem "Appell der 30 Organisationen" gegeben.
- 5) Siehe weiter unten
- 6) Vgl. den Bericht von Prof. Hoang Minh Gian auf der Weltkonferenz über Vietnam in Rom, hektografierte Konferenzmaterialien.
- 7) Vgl. Jacques Decornoy, with a question-mark, in: The Guardian, 27. 1. 1973
- 8) Vgl. W. J. Pomeroy, Ölinteressen in Südostasien, AIB Nr. 5/70.
- 9) Vgl. den Bericht von Nguyen Van Tien auf der Weltkonferenz über Vietnam in Rom, hektografierte Konferenzmaterialien.
- 10) Vgl. Heinrich Weiler, Vietnam, Eine völkerrechtliche Analyse des amerikanischen Krieges und seiner Vorgeschichte, Frankenthal, Montreux, 1969, S. 96.
- 11) Ebd., S. 96 f.
- 12) Zu dieser Einschätzung gelangt das Komitee die Befreiung von politischen Gefangenen in Südvietnam (Stockholm) in seiner "Study of Terror. Documents on political imprisonment, torture and repression in South Vietnam".
- 13) 19seitiger Bericht von M. Menras und M. Debris auf der Weltkonferenz über Vietnam in Rom, hektografierte Konferenzmaterialien.
- 14) Das "Phoenix" - Büro ist eine Organisation, welche die Aktivitäten aller Behörden und Dienste koordiniert, die Verhaftungen vornehmen können. Es wurde errichtet, als die Vietnamisierungspolitik der US-Regierung begann. Es steht unter direktem US-Kommando und ist mit modernen Zellen für Arrest und Verhör ausgestattet, die "Befragungszentren" genannt und in allen Provinzen den großen Gefängnissen zugeordnet werden.  
Die Operation "Phoenix", Teil des Vietnamisierungsprogramms, sah die sofortige Verhaftung und Liquidierung aller jener Südvietnamesen vor, die verdächtigt wurden, Mitglied der FNL oder Sympathisant zu sein. Nach Hans Göran Franck, schwedischer Rechtsanwalt und Sekretär der Internationalen Stockholmer Vietnam-Konferenz wurden von Januar 1969 bis Sommer 1972 - im Verlauf der Operation "Phoenix" - 40. 000 Zivilisten ohne Gerichtsverfahren ermordet.
- 15) Vgl. Prisonniers Politiques au Sud Vietnam. Listes de Prisonniers. Appel des 30 mouvements, Paris.

# SÜDAFRIKA

im Januar und Februar dieses Jahres demonstrierten die afrikanischen Arbeiter in der RSA ihre Entschlossenheit, sich ihren unmenschlichen Lebensbedingungen zu widersetzen. Im folgenden werden die objektiven Bedingungen für diese breite Streikbewegung untersucht.

## Armin Hebel Massenstreiks afrikanischer Arbeiter in der RSA

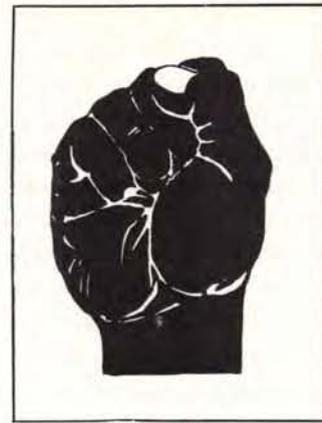
Broschüren südafrikanischer Touristikunternehmen bezeichnen die Provinz Natal und ihre Hauptstadt als "Gartenprovinz", als "eine Feriendlandschaft voll seltener Vielfalt", die belebt ist von einem "bunten Völkergemisch" der "einst kriegerischen Zulus" und Inder in "bunter Kleidung" und "fremdartigen Tempeln". Es versteht sich von selbst, daß sich in dieser paradisiischen Landschaft sozialen Friedens die Beziehungen zwischen den Menschen nach "exotischen Sitten" regeln und der Verkehr sich auf "hochrädigen Rikschas" abwickelt.<sup>1)</sup>

In den Monaten Januar und Februar dieses Jahres zeigte Natal sein wahres Gesicht, als insgesamt etwa 100 000 afrikanische und indische Arbeiter aus 100 Unternehmen gegen kapitalistische Ausbeutung und Elend streikten. Es waren vor allen Dingen die ungelerten Arbeiter der städtischen Unternehmen Durban, der Textilien herstellenden Betriebe der Frame-Gruppe - des drittgrößten südafrikanischen Unternehmens - die afrikanischen Arbeiter von Metall verarbeitenden Betrieben, von Bäckereien, des US-Konzerns Coca-Cola usw., die diese breite Streikbewegung trugen.<sup>2)</sup> Vorausgegangen waren diesen umfangreichen Arbeitsniederlegungen mehrere kleine Streiks im letzten Viertel des Jahres 1972. So waren im Monat Oktober 1972 in den Ausstand getreten: afrikanische Schauerleute von Durban und Kapstadt, Textilarbeiter im zentralen Industrieviertel des Witwatersrand, afrikanische Wanderarbeiter einer Diamantenmine bei Kimberley und die bei der Stadt Johannesburg beschäftigten schwarzen Ärzte; es hatten ferner die afrikanischen Busfahrer Johannesburgs und Pretorias im Monat Dezember vorigen Jahres gestreikt.<sup>3)</sup>

Aufgrund der ihnen gezahlten Hungerlöhne, der schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen und der Verweigerung jeglicher politischer und sozialer Rechte hätte die afrikanische Arbeiterschaft auch unter "normalen" Bedingungen hin-

reichend Grund zu streiken. Da sie dies jedoch in den letzten zehn Jahren nicht in diesem Umfang getan hat, bedarf es einer besonderen Analyse der Bedingungen für diese Streikbewegung, will man sich nicht allein mit dem Hinweis auf ein "gestärktes Selbstbewußtsein" der afrikanischen Arbeiterschaft begnügen. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit unter der afrikanischen Bevölkerung, bei der, da kein Schutz durch legale Gewerkschaften vorhanden ist, jeder Streik zu einem Verlust des Arbeitsplatzes führen kann dürften es vor allem die objektiven Bedingungen der Verschlechterung der Realeinkommen gewesen sein, die letztlich die Streikbewegung ausgelöst haben; denn während des Jahres 1972 fielen die Realeinkommen als Folge starker Preissteigerungen bei Konsumgütern des täglichen Bedarfs um 10-12 %;<sup>4)</sup> hinzu kamen Steigerungen der Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel im Januar d.J. um 16 %. Bei einem Lohnniveau, das sich am physischen Existenzminimum orientiert, müssen derartige Preiserhöhungen vom afrikanischen Proletariat als untragbar empfunden werden.<sup>5)</sup>

Diese hohen Preissteigerungsraten haben offensichtlich ihren Ursprung in der unausgeglichene Wirtschaftsstruktur des Landes, wie sie in der Außenhandelsstruktur am deutlichsten zum Ausdruck kommt. Nach wie vor ist der südafrikanische Warenexport durch eine starke Konzentration auf eine relativ kleine Zahl von Produkten des Bergbaus und der Landwirtschaft gekennzeichnet. 65,4 % des Gesamtwerts der Exporte stellten in der Periode von 1963 bis 1970 neun mehr oder minder verarbeitete Rohstoffprodukte, einschließlich Gold.<sup>6)</sup> Die Importseite ist durch den hohen wertmäßigen Anteil von Industrieausrüstungen am gesamten Importvolumen als Folge einer einseitigen Entwicklung des Konsumgütersektors der südafrikanischen Wirtschaft bestimmt: 1969 machte dieser Posten allein 41,5 % aus.<sup>7)</sup> Diese Außen-



handelsstruktur schließt tendenziell die Gefahr von Außenhandels- und Zahlungsbilanzdefiziten ein; denn sinkende Rohstoffpreise bei konjunkturell bedingtem Nachfragerückgang oder bei Veränderungen der Nachfragestruktur sowie nachweisbare Preisauftriebstendenzen bei Produktionsmitteln<sup>8)</sup> können den Ausgleich der Bilanzen verhindern. So ist es nicht verwunderlich, wenn - wie im Jahre 1971 - bei einem Fall der Weltmarktpreise für viele der südafrikanischen Hauptexportgüter und bei einem Anstieg der Preise für importierte Investitionsausrüstungen (Transportmittel, Maschinen, Elektroausrüstungen) Südafrika äußerst hohe Außenhandels- und Zahlungsbilanzdefizite erreichte.<sup>9)</sup> Die Warenimporte stiegen zwischen 1970 und 1971 von 2 579 Mio. auf 2 878 Mio. Rand, die Warenexporte aber in diesem Zeitraum nur von 1 423 Mio. auf 1 555 Mio. Rand.<sup>10)</sup> Die Zahlungsbilanz des Jahres 1971 wurde zudem aufgrund des hohen Profittransfers in Höhe von etwa 370 Mio. Rand als Folge der in den letzten fünf Jahren starken Zunahme der ausländischen Investitionen außergewöhnlich stark belastet.<sup>11)</sup>

Diesem Zahlungs- und Handelsbilanzdefizit trat die südafrikanische Regierung mit einer zweimaligen Abwertung des Rand im Dezember 1971 und im Juni 1972 in der Höhe von insgesamt 16,5 % entgegen. Um die Exporte zu verstärken und die Importe zu drosseln, erhöhte die südafrikanische Regierung die Exportsubventionen und führte vorübergehend Importrestriktionen ein. Indem die südafrikanische herrschende Klasse durch eine Wirtschafts- und Handelspolitik im Dienste der Exportförderung eine Umschichtung des Staatshaushaltes zugunsten der Exportindustrie wie subventionierte Frachttarife, Erhöhung der Abschreibungssätze, Einräumung günstiger Kreditbedingungen, Senkung der Kapitalertragssteuern usw. vornahm, belastete sie die Realeinkommen insbesondere der afrikanischen Bevölkerung in den Industriegebieten wie in den Reservaten. So wurden beispielsweise die Fahrpreise für die Massenverkehrsmittel erhöht und die Mittel für die Entwicklung der von unbeschreiblichem menschlichen Elend gekennzeichneten Reservate gekürzt.<sup>12)</sup> Der hohe Aufwertungssatz des Rand hatte zur Konsequenz, daß sich die Preise für importierte Ausrüstungsinvestitionen um rund 14,5 % erhöhten, die die südafrikanischen Unternehmen im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Profitraten auf die Endverbraucher abwälzten.<sup>13)</sup> Berücksichtigt man ferner die Lohnpolitik des Staates im Interesse der Profit- und Exportförderung im Jahre 1972, so hatte dieses Bündel von beschriebenen wirt-

schaftspolitischen Maßnahmen zur Folge, daß sich zwar das Handelsbilanzdefizit stark reduzierte, die Zahlungsbilanz in den ersten 9 Monaten des Jahres 1972 nur ein geringfügiges Defizit auswies<sup>14)</sup> und die Profitraten von Großunternehmen trotz einer ökonomischen Staginationsphase gestiegen sind;<sup>15)</sup> gleichzeitig jedoch verminderten sich die Realeinkommen der südafrikanischen Werkstätigen aufgrund des starken Preisauftriebs bei Konsumgütern erheblich. Die südafrikanische Zentralbank drückt diesen Umstand in ihrem Dezember-Bericht folgendermaßen aus: "Die Bruttoerlöse wuchsen ... mit progressiv ansteigenden Raten während der ersten drei Quartale des Jahres 1972 an, während sich gleichzeitig mit einem sich verlangsamenden Anstieg der Löhne und Gehälter deren Anteil am Bruttosozialprodukt im Jahre 1972 senkte...". Diese Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Profiteinkommen hat nach Angaben der Bank zu einer Senkung des privaten Konsums geführt.<sup>16)</sup>

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß eine Einschätzung der Realeinkommen der Lohnarbeiter besonders stark die afrikanische Arbeiterschaft belasten muß, da sie vor dem Hintergrund einer rassistischen Arbeitskräftestruktur fast ausschließlich als ungelehrte oder angelernte Arbeitskräfte tätig sind und bei einer hohen Arbeitslosigkeit unter der afrikanischen Bevölkerung und ohne legale gewerkschaftliche Verhandlungsmacht Löhne beziehen, die sich am physischen Existenzminimum orientieren. Die Höhe ihrer Löhne wird entweder aufgrund des Industrial Conciliation Act aus dem Jahre 1956 von den weißen Gewerkschaften ausgehandelt, oder sie wird nach dem Wage Act aus dem Jahre 1924 in Verhandlungen zwischen Staat und Unternehmern festgesetzt, wobei sich die Lohnfestsetzungen an den Verwertungsinteressen der am unproduktivsten arbeitenden Unternehmen orientieren.<sup>17)</sup>

Impliziert diese Form der Lohnfestsetzung bereits, daß sich die kapitalistischen Ausbeutungsinteressen ungehindert durchsetzen, so kommen sie zusätzlich zum Tragen durch die lange Laufzeit der Tarifverträge. So hatten beispielsweise die Festsetzungen der staatlich administrierten Mindestlohnsätze der rund 20 000 afrikanischen Ziegeleiarbeiter eine Laufzeit von fünf Jahren. Die 1967 abgeschlossenen Tarife wurden erst 1973 neu bestimmt, wobei diese Neufestsetzungen zu Beginn dieses Jahres nicht einmal die Höhe des Reallohneinkommens des Jahres 1967 erreichten. In den staatlichen Lohnverhandlungen ar-

gumentierten die Unternehmer, daß sie zu den neu festgesetzten Lohnsätzen "so viele Arbeitskräfte erhalten könnten, wie sie wollten...".<sup>18)</sup>

Wenngleich diese Ausbeutungspraktiken gegenüber dem afrikanischen Proletariat kaum noch überbietbar erscheinen, so erweist sich diese Ansicht als falsch, wenn man die Lage der von den Unternehmern in den Reservaten direkt angeheuerten Kontraktarbeiter berücksichtigt. Sie sind als Einwohner dieser Gebiete, um nicht zu verhungern, der Profitgier des Kapitals ausgeliefert. Werden sie von Unternehmern angeworben, so werden mit ihnen Lohnsätze vereinbart, die noch unter den staatlich administrierten Mindestlohnsätzen liegen. Es waren unter anderem diese Elendsten der Elenden, die als Beschäftigte der drittgrößten südafrikanischen Unternehmung - der Textilien herstellenden Frame-Gruppe - mit zwei Wochen am längsten streikten.

Stellvertretend für alle Streikenden sei hier auf die Lage des afrikanischen Proletariats dieses Textil-Konzerns, dessen Betriebe in der Mehrzahl in Natal liegen, etwas näher eingegangen. Wie der Funktionär der Textilarbeitergewerkschaft, David Hemson, einer großbürgerlichen Zeitung Südafrikas mitgeteilt hat, wird die Mehrzahl der insgesamt 22 000 Beschäftigten dieses Konzerns von Afrikanern gestellt, die zu 50 % Kontraktarbeiter sind. Diese Kategorie von afrikanischen Lohnarbeitern verdient weit unter 10,50 Rand in der Woche, so daß sie aufgrund der im Unemployment Insurance Act festgesetzten Mindestlohneinkommen keine Arbeitslosenunterstützung erhalten.<sup>19)</sup> Dabei sei für diese Kategorie der afrikanischen Beschäftigten dieses Konzerns bezeichnend, daß ihnen bei Kontraktabschluß im Reservat höhere Löhne versprochen worden seien, als sie tatsächlich erhielten. Die ersten Lohnauszahlungen erfolgten erst nach einer vierzehntägigen Beschäftigungsdauer, wobei der Lohn für die ersten acht Tage einbehalten würde. Die Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Arbeiter und Arbeiterinnen seien ähnlich katastrophal. Obwohl nach dem Urban Areas Act die Unternehmer verpflichtet wären, für Kontraktarbeiter Wohnmöglichkeiten bereitzustellen, die hygienischen Mindestanforderungen genügen sollten, würde die Frame-Gruppe ihre Arbeiter nur behelfsmäßig unterbringen. So seien zum Beispiel 90 afrikanische Textilarbeiterinnen wie Tiere in einer Scheune untergebracht worden. Sie wurden teilweise entgegen der geltenden Fabrikgesetzgebung in Nachtschichten eingesetzt,

ohne daß für sie Transportmittel eingesetzt würden, die sie bei Schichtende in der Nacht zu den weit entfernten Schlafstätten bringen; statt dessen müßten sie nachts zu Fuß lange Strecken zurücklegen. Die betrieblichen Sozialleistungen dienten, wie David Hemson ausführt, ebenfalls der Ausbeutung der Arbeiter durch den Konzern: So erhielten die höheren Lohngruppen keine Bescheinigung über die gezahlten Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung, so daß der Betrieb bei einem Arbeitsplatzwechsel eines Afrikaners die eingezahlten Beiträge einbehält. Diese Praktiken liefen darauf hinaus, die Arbeiter auch im Falle einer vorübergehenden Entlassung weiterhin an den Betrieb zu binden. Die Kontraktarbeiter müßten ebenfalls diese Beiträge zahlen, erhielten aber in der Regel bei Auslaufen des Kontrakts keine Auszahlungen, so daß die Beitragszahlungen dieser Beschäftigtenkategorie eine Art innerbetrieblicher Sondersteuer für Kontraktarbeiter darstellten. Ein Aufsuchen des Betriebsarztes, etwa nach einem kleineren Arbeitsunfall, würde von der Arbeitszeit abgezogen, so daß sich das Entgelt mindern würde. Im Krankheitsfall müßten die Arbeiter den Betriebsarzt jeden Tag zur Kontrolle aufsuchen, wie krank auch immer sie seien; es komme vor, daß schwerkranke Arbeiter stundenlang auf den Arzt warten müßten. Wenn die Arbeiter sich durch Steigerung der Arbeitsintensität eine Produktionsprämie verdienen wollten, so sei dies in der Regel nicht möglich, weil das für das Gewebe verwandte Rohmaterial, das Garn, so brüchig sei, daß eine Erhöhung der Produktivität nicht erreichbar sei. Schließlich würde das Unternehmen durch schikanöse Durchsuchungen jeden Arbeiters bei Verlassen des Betriebs die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verlängern. Wird auch nur ein winziger Stofflumpen bei einem Arbeiter gefunden, würde dies zur fristlosen Entlassung führen.<sup>20)</sup> Die Reaktion der herrschenden Klasse auf die relativ breite Streikbewegung im Februar 1973 war ambivalent; einerseits konnte sie sich nicht der Einsicht verschließen, daß die hohen Preissteigerungen während der letzten zwei Jahre das physische Existenzminimum der Afrikaner unterschritten hatte. Sie sind daher im allgemeinen - unter Druck gesetzt - bereit, Lohnerhöhungen einzuräumen, sofern sie ihre Profitraten nicht entscheidend schmälern. Andererseits sind sie darauf bedacht, diese Lohnerhöhungen nicht als Folge von Streikbewegungen erscheinen zu lassen. Sowohl die herrschende Nationalist Party wie die in parlamentarischer Opposition zu ihr

stehende United Party sind nicht bereit, auf einen wesentlichen Pfeiler des Apartheidregimes, des einträglichen Verbots der Koalitionsfreiheit für das afrikanische Proletariat zu verzichten. Sie können sich selbst angesichts einer breiten Massenbewegung nicht zur folgenden Position "aufgeklärter" kapitalistischer Klassenherrschaft verstehen, wie sie sie eine liberale bürgerliche Zeitung Südafrikas vertreten hat: "Das Überleben der Weißen hängt jetzt von der Bereitschaft ab, freiwillig zur rechten Zeit und von einer Position der Stärke aus, größere Konzessionen zu machen und Ungerechtigkeiten zu entfernen."<sup>21)</sup> Statt dessen unterstützten sich Unternehmer und kapitalistischer Staat während des Streiks gegenseitig, um kein Stück Boden vorhandener Herrschaftspositionen aufgeben zu müssen. So gingen Polizeikräfte, die von eingeflogenen Einheiten aus Pretoria verstärkt wurden, mit Tränengas, Gummiknüppeln und Polizeihunden gegen demonstrierende Arbeiter vor. Es kam zu Verhaftungen mehrerer Hundert Arbeiter, die teilweise zu hohen Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt wurden.<sup>22)</sup> Die Unternehmen in Natal selbst waren während des Streiks nur bedingt bereit, Zusagen über Lohnerhöhungen zu machen; sie nutzten ihre starke Position dazu aus, die Arbeiter durch die Drohung mit Arbeitsplatzverlust zur Rückkehr an die Arbeit zu zwingen.<sup>23)</sup> Bei kaum vorhandenen Rücklagen und ohne legale Gewerkschaften waren die Arbeiter unter diesen Umständen gezwungen, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Äußerungen von Arbeitern wie diese scheinen typisch zu sein: "Wir kehren an den Arbeitsplatz zurück, weil wir hungrig sind und nicht weil wir die neuen Löhne akzeptieren."<sup>24)</sup> Gleichwohl war dieser Streik ein Erfolg; er führte teilweise während des Streiks, teilweise nach dem Streik zu Lohnerhöhungen, wenngleich diese nur das physische Existenzminimum sichern helfen; ferner sahen sich viele auch nicht bestreikte Unternehmen Südafrikas noch während des Streiks veranlaßt, freiwillig Zusagen über Lohnerhöhungen zu machen, um ähnliche Massenbewegungen in anderen Teilen des Landes zu verhindern. Damit dürfte dieser Streik für die afrikanische Arbeiterschaft Südafrikas insgesamt die Bereitschaft erhöht haben, sich in illegalen Gewerkschaften zu organisieren, wie es sich zum Beispiel an der Gründung einer Gewerkschaft afrikanischer Busfahrer in Johannesburg gezeigt hat.<sup>25)</sup> Diese Bemühungen des afrikanischen Proletariats können die Voraussetzung dafür bilden,

den Kampf gegen die aufgrund der prekären Außenhandelsituation absehbaren weiteren Reallohnschwächerungen des laufenden Jahres organisatorisch gestärkt aufzunehmen.

#### Anmerkungen

- 1) Vgl. "Südafrika ein einziges Abenteuer 1972/73", hrsg. von den South African Airways.
- 2) The Star (Johannesburg), 3.2.1972; Financial Mail, 9.2.1973, S. 443.
- 3) Vgl. X-Ray, Current Affairs in Southern Africa, Vol. 3, No. 4/1973.
- 4) The Star, 30.12.1972.
- 5) Zum Lohnniveau vgl. AIB 1/1973, S. 12ff.
- 6) Post-war growth and structural changes in the South African Economy: an analysis of national accounts and balance of payments data; in: South African Reserve Bank, Quarterly Bulletin, September 1971, S. 24ff.
- 7) C.B. Strauss, A Critical Assessment of South Africa's Future Role in World Trade; in: South African Banker, Vol. 69, No. 3/1972, S. 256, 269.
- 8) Post-war growth...; in Quarterly Bulletin, a.a.O., S. 24ff.
- 9) Quarterly Bulletin, March 1972, S. 11f.
- 10) Vgl. Standard Bank Review, February 1973, S. 52; Republik Südafrika - Wirtschaftliche Entwicklung 1970/71, hrsg. von der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Köln, August 1972, S. 114.
- 11) A.a.O., S. 145; A statistical presentation of South Africa's balance of payments for the period 1946 to 1970, Supplement to Quarterly Bulletin, March 1971, S. 27.
- 12) Quarterly Bulletin, June 1972, S. 15; Weltwirtschaft am Jahreswechsel - Südafrika, Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandel, 22 Jg., Nr. 33, Februar 1973, S. 1.
- 13) Financial Mail, 23.2.1973, S. 666.
- 14) Quarterly Bulletin, December 1972, S. 11ff; Standard Bank Review, February 1973, S. 52.
- 15) Die durchschnittliche Profitrate von 240 südafrikanischen Unternehmen dürfte zwischen Juni 1971 und Juni 1972 bezogen auf das Grundkapital bei 20-25% gelegen haben; vgl. Financial Mail, 16.2.1973, S. 552.
- 16) Quarterly Bulletin, December 1972, S. 6f.
- 17) Vgl. A. Hepple, South Africa: Workers under Apartheid, London 1969, S. 28ff.
- 18) Financial Mail, 9.2.1973, S. 456f.
- 19) Vgl. Survey of Race Relations 1971, Johannesburg 1972, S. 188f.
- 20) Financial Mail, 9.2.1973, S. 452ff.
- 21) Financial Mail, 23.2.1973, S. 651.
- 22) The Star, 10.2.1973.
- 23) Ibid.
- 24) The Star, 10.2.1973.
- 25) The Star, 17.2.1973.

# PHILIPPINEN

Die Proklamierung des Kriegsrechts auf den Philippinen am 21.9.72 unterwarf das Land der Militärdiktatur, die mit dem Verbot der Ausübung demokratischer Rechte durch das Volk, von Demonstrationen, Versammlungen, Streiks, dem Ersatz von Zivilgerichten durch Militärgerichte, der Zensur der Massenmedien etc. einherging. Mit einer Doppeltaktik von Reform und Unterdrückung versucht die Marcos-Diktatur alle politischen Risiken für das ausländische Monopolkapital zu beseitigen und ihm alle wirtschaftlichen Vorteile zu bieten, die es braucht, um die von ihm angestrebte neokolonialistische Industrialisierung zu forcieren.

## W.J.Pomeroy Krise des

## Neokolonialismus in den Philippinen (1)

Fünfundzwanzig Jahre nach ihrer Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1946 stehen die Philippinen am Scheideweg. In diesem asiatischen Inselstaat hat sich der Neokolonialismus in extremer Weise entwickelt; die Folgen sind eine sich ständig verschärfende Krise und Unzufriedenheit bei den Massen. Es geht um die entscheidende Frage, ob die Philippinen ein neokoloniales Reservat des US-Imperialismus bleiben - unter Bedingungen, die nur für die ausländischen Interessen und für eine winzige Minderheit reicher Filipinos vorteilhaft sind - oder ob sie den Weg einer unabhängigen national-demokratischen Entwicklung einschlagen werden, die den Interessen der Nation als ganzer dienlich wäre.

### Der Charakter der Unabhängigkeit

Die Philippinen waren die erste Kolonie, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Unabhängigkeit erhielt, ohne einen totalen Befreiungskrieg führen zu müssen. Als das Land 1946 zur unabhängigen Republik erklärt wurde, hatte das philippinische Volk 425 Jahre den Kolonialismus ertragen, 377 Jahre unter spanischer Herrschaft und 48 Jahre unter dem US-amerikanischen Imperialismus. Es war eine lange und tragische Geschichte, aber sie war noch nicht zu Ende, als am Luneta<sup>1)</sup> in Manila, die amerikanische Flagge eingeholt und durch eine philippinische ersetzt wurde. Verspottet durch den Schatten ihrer eigenen Flagge, haben die Filipinos im vergangenen Vierteljahrhundert der "Unabhängigkeit" unendlich unter dem gelitten, was vielleicht die schlimmste und extremste Form des Neokolo-

Damit sind bestimmte Maßnahmen verbunden wie z.B. der Versuch, die Beamtenkorruption zu beseitigen, um eine wirksamere Verwaltungsmaschinerie zu errichten, oder auch der Angriff auf bestimmte feudale Privilegien, um die Struktur der Landwirtschaft stärker den Bedürfnissen einer kapitalistischen Industrialisierung anzupassen. Zugleich ist die von Marcos propagandistisch ausgenutzte Bodenreform ein Versuch, die immer stärker werdende demokratische Bewegung der philippinischen Massen zu besänftigen, deren Lebensbedingungen von unbeschreiblicher Armut, von Arbeitslosigkeit und Inflation gekennzeichnet sind. Pomeroy's Analyse entstand noch vor der Proklamierung des Kriegsrechts und konnte auch einige Entwicklungen nicht mehr berücksichtigen wie die Notwendigkeit, durch zumindest außenpolitisch größere Bewegungsfreiheit gegenüber den USA (z.B. Kontakte zu sozialistischen Ländern) den Forderungen der einheimischen Bourgeoisie, deren Entwicklungsmöglichkeiten durch die Macht des US-Kapitals stark beschränkt ist, Rechnung zu tragen. Er gibt jedoch einen detaillierten Einblick in die Situation des Landes, deren Verständnis für die Beurteilung der jüngsten Entwicklung wichtig ist.

nialismus in der Welt von heute darstellt.

Man sollte sich daran erinnern, daß die Philippinen ihre Unabhängigkeit nicht durch Kräfte erlangten, die in den antifaschistischen Befreiungskämpfen des Zweiten Weltkrieges entstanden. Während seiner nahezu ein halbes Jahrhundert dauernden Kolonialherrschaft hatte der US-Imperialismus bewußt eine neokolonialistische Struktur geschaffen, die an die Stelle der direkten kolonialen Abhängigkeit treten sollte. Dies geschah teils unter dem Druck der eigenen landwirtschaftlichen Produzenten, die gegen die bevorzugte Einfuhr der entsprechenden philippinischen Produkte in die Vereinigten Staaten opponierten, teils aus mangelnder Bereitschaft, sich voll im Konkurrenzkampf mit den in Asien miteinander rivalisierenden imperialistischen Mächten auseinanderzusetzen; weniger ausschlaggebend war der Druck eines Freiheitskampfes der Filipinos. Der Zeitpunkt, an dem dieser Wandel eintreten sollte, wurde im Laufe der Großen Wirtschaftskrise durch die Unabhängigkeitserklärung des US-Kongresses festgesetzt (der Tydings-McDuffie-Act von 1934).

Seit 1909 hatte eine "Freihandels-Politik" die Philippinen als Produzent von Agrarexportgütern (Zucker, Kokosnuß-Erzeugnisse, Abaca, Tabak) in Abhängigkeit vom amerikanischen Markt gehalten und gleichzeitig die Möglichkeit einer industriellen Entwicklung in einer Flut zollfreier amerikanischer Waren ertränkt. Unter dem Slogan "Erziehung zur Selbstregierung" wurden kollaborierende philippinische politische Parteien und Politiker herangezogen, die reine Anhängsel der von den

"Freihandels"-Beziehungen profitierenden herrschenden Gruppen von Grundbesitzer-Kompradore<sup>2)</sup> wurden. Hauptsächlich mit diesen Gruppen, die zum großen Teil sogar Gegner der Trennungsidee waren, wurde die Unabhängigkeitserklärung ausgehandelt. Als sie 1934 angenommen wurde, verurteilte dies die Kommunistische Partei als Täuschungsmanöver: die Vorherrschaft des amerikanischen Kapitals und seiner einheimischen Verbündeten werde aufrechterhalten, während sich für die Masse des Volkes nichts ändere.

Obwohl der Zweite Weltkrieg für die Philippinen nicht der eigentliche Anstoß zur Erlangung ihrer Unabhängigkeit war, beeinflusste er doch deren Charakter ganz entscheidend. Der Ausgang des Krieges verlieh dem US-Imperialismus eine enorme aggressive Stoßkraft, stärkte seine Ambitionen auf Beherrschung der Welt und zwang der ursprünglichen Konzeption philippinischer Unabhängigkeit wesentliche Modifikationen auf. Die Philippinen boten diesem Herrschaftsanspruch im asiatischen Raum eine stabile und sichere Basis.

Folgende Maßnahmen beschnitten die Unabhängigkeit der Philippinen: Ein Handelsabkommen (Der Bell Trade-Act des US-Kongresses von 1945, der später durch das Laurel-Langley Agreement von 1955 revidiert, aber nicht grundlegend geändert wurde) verlängerte schrittweise die "Freihandels"-Vereinbarungen auf eine Gültigkeitsdauer von 28 Jahren, bis 1974. Eine seiner Bestimmungen erforderte eine Ergänzung zur Verfassung von 1935, die ursprünglich festgelegt hatte, daß 60 % der Anteile von Aktiengesellschaften in philippinischem Besitz zu sein hätten; der Zusatz, der 1947 durch eine von Terrorakten begleiteten Volksabstimmung Gültigkeit erlangte, billigte den Amerikanern "Parität" (Parity) oder gleiche Rechte bei der Ausbeutung der philippinischen Bodenschätze zu; diese Rechte wurden später durch das Laurel-Langley Agreement auf alle Unternehmensformen ausgedehnt. Ein Vertrag über Militärstützpunkte stellte den Amerikanern Gelände für 23 Militärstützpunkte auf eine Dauer von 99 Jahren zur Verfügung. Ein militärischer Beistandspakt unterstellte die philippinischen Streitkräfte wirksam der Kontrolle einer "Gemeinsamen US-Militärberater-Gruppe" (JUSMAG) und machte die philippinische Armee vollständig von US-Waffen und -Ausrüstung abhängig. In den folgenden Jahren stellten andere Vereinbarungen oder Übereinkünfte die philippinische Außenpolitik, Finanzpolitik, Entwicklungsprogramme, Kultur- und Erziehungswesen, Arbeitsverhältnisse und praktisch auch alle anderen Bereiche des phi-

lippinischen Lebens unter US-amerikanische Kontrolle.

In ihren auswärtigen Beziehungen waren die Philippinen unfähig, als wirklich unabhängiger souveräner Staat zu agieren. Beschränkt auf die Funktion einer Marionette des US-Außenministeriums und des Pentagons, wurden sie "päpstlicher als der Papst" beim Nachhaken der Politik des Kalten Krieges der US-Imperialisten. So haben die Philippinen von 1946 bis heute keine diplomatischen Beziehungen, Handels- oder Kulturkontakte zu irgendeinem sozialistischen Land und hatten nicht die Freiheit, Entwicklungshilfe aus anderen als von den USA kontrollierten oder in Verbindung stehenden Quellen anzunehmen. Von den Vereinigten Staaten in den aggressiven SEATO-Pakt<sup>2a)</sup> gezwungen, für dessen Gründungskonferenz sie den Tagungsort zur Verfügung stellten, bewegen sie sich nach wie vor im Kreise solcher abhängigen Staaten wie Formosa, Südkorea und Südvietnam. Philippinische Truppenkontingente wurden zur Unterstützung von US-Kriegen gegen Asiaten nach Korea, nach Südvietnam und Laos geschickt. In den letzten Jahren haben die Philippinen eine führende Rolle bei der Schaffung der von Washington ins Leben gerufenen regionalen Blocks ASPAC<sup>3)</sup> und ASEAN<sup>4)</sup> gespielt, die, wie offen erklärt wurde, zur "Stabilität" der "freien Welt" beitragen sollen!

Im Innern hat der direkte amerikanische Einfluß, der sich von Ministerien auf höchster Ebene bis zu den wirtschafts- und politikwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten erstreckt, das Prinzip des privatwirtschaftlichen Kapitalismus gefördert und das Wachstum eines öffentlichen Sektors in der Wirtschaft verhindert; auf diese Weise wurde die Entwicklungsfähigkeit des Landes gelähmt. Auf dem Gebiet der Politik hat die Beherrschung durch das ausländische Kapital dazu geführt, daß alle Lebensbereiche von Korruption durchdrungen sind; die bewaffnete Unterdrückung der von den Kommunisten geführten philippinischen nationalen Befreiungsbewegungen in den Jahren nach der Erlangung der Unabhängigkeit von 1946-1956 indessen, die mit US-amerikanischer Unterstützung und Leitung durchgeführt wurde, und das Verbot der Kommunistischen Partei und "verwandter Organisationen" haben Demokratie und Beteiligung des Volkes an der nationalen Entwicklung erstickt.

### Neokolonialismus und Lebensbedingungen

Ein Vierteljahrhundert nach Erlangung der Unabhängigkeit hat ein Übermaß an Rückständigkeit die Anfänge einer neuen revolutionären

Umwälzung hervorgebracht; ihre Ursprünge liegen in den verschlechterten Lebensbedingungen des "unabhängigen" philippinischen Volkes. Undurchsichtige Daten werden herangezogen, um zu zeigen, daß das Bruttosozialprodukt der Philippinen zwischen 1946 und 1969 auf das Sechsfache gestiegen sei, von 4.798 Mio. Pesos (P) auf 27.783 Mio. P, und daß das Pro-Kopf-Einkommen (d.h. Bruttosozialprodukt geteilt durch Einwohnerzahl) im gleichen Zeitraum von 320 P auf 750 P gestiegen ist. Man behauptet, es sei eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 5 % zu verzeichnen. Diese Angaben sind jedoch höchst irreführend, da sie die sprunghafte Inflation und außerordentlich großen Einkommensunterschiede verschleiern.

Legt man die Preise von 1955 zugrunde, so betrug das Bruttosozialprodukt 1969 tatsächlich nur 18.500 Mio. P, und das Pro-Kopf-Einkommen lag real bei 421 P. Damit liegt die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate bei nur 0,9 %. Die vorwiegend katholische philippinische Bevölkerung wächst jährlich um 3,5 %; sie hat sich seit der Unabhängigkeit auf den gegenwärtigen Stand von ungefähr 38 Mio. verdoppelt. (Für das nächste Jahrzehnt wird ein Anstieg auf 55 Millionen vorausgesagt)

Wie man es auch betrachtet: Das Wirtschaftswachstum hat, selbst wenn man die Ungleichheiten unberücksichtigt läßt, kaum mit dem Bevölkerungszuwachs schrittgehalten.

Die Einkommensverteilung ist äußerst unausgeglichen und läßt das schematisch berechnete Pro-Kopf-Einkommen in fataler Weise unzutreffend werden. 1948 bezogen 10 % der Familien auf den Philippinen 30 %, 1961 46 % des Nationaleinkommens. 1965 besaßen die 5 % Spitzenverdiener soviel wie die 60 % am anderen Ende der Skala. 1956 bezog das untere Fünftel der Familien 4,5 % der Familieneinkommen; 1965 war ihr Anteil auf 3,5 % gesunken (Angaben des Congressional Economic Planning Office, veröffentlicht 1970). Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich diese Trends seit 1965 weiter verstärkt haben. Nimmt man die Realeinkommen, dann wird die Kluft noch offensichtlicher: 1969 hatten über 50 % aller Familien Einkommen von weniger als 1500 P im Jahr (nach dem offiziellen Wechselkurs der Zeit entsprechend 380 Dollar oder 125 Pfund). Die durchschnittliche philippinische Familie hat sechs Mitglieder, was bedeutet, daß über die Hälfte der Bevölkerung ein durchschnittliches jährliches Pro-Kopf-Einkommen von etwa 250 P hatte (d.h. etwa 63 Dollar oder 25 Pfd). Nach Angaben der New York Times aus dem Jahr 1970 allerdings betrug das mittlere Einkommen im ganzen Land nur 50 Dollar pro Jahr. Die

Schwierigkeiten bei der Schätzung des tatsächlichen Ausmaßes der Armut liegen in der Tatsache, daß es in der unteren Einkommensklasse schätzungsweise eine Mio. Familien bzw. sechs Mio. Menschen gibt, die buchstäblich überhaupt kein Bareinkommen beziehen. Von ihnen hat die führende philippinische Zeitschrift, die Philippines Free Press, festgestellt, sie seien "verdammte, für den Rest ihres Lebens dahinzuvegetieren".

Am anderen Ende der Skala verdienten 1969 nur 2,6 % der Familien 10.000 P pro Jahr oder mehr (d.h. über 2.560 Dollar oder 1.060 Pfund). Diejenigen in der Kategorie "oder mehr", Anzahl nur eine Handvoll, mit Einkommen bis zu einer Höhe von 1 Mio. P und darüber, sind die Gruppe der tatsächlich Mächtigen unter den Reichen. Man schätzt, daß 400 Familien 90 % des philippinischen Anteils an der Wirtschaft kontrollieren, und daß es unter diesen Familien 500 Millionäre, davon 200 Zucker-Barone, gibt.

Das "Philippine Congressional Economic Bulletin" stellte 1970 fest:

"Neun Zehntel der 37 Mio. Einwohner des Landes sind so arm, daß sie in der Mehrheit gerade ihre Existenz fristen können; der Rest, oder weniger als 10 %, bildet die Gruppe der Reichen; unter ihnen sind es einige wenige, die weite Bereiche der Wirtschaft kontrollieren. Es ist keine Frage, daß eine Fortdauer dieser Situation, von der Millionen betroffen sind, unhaltbar ist."

Die Einkommenslage wird anschaulicher, wenn man Daten über die Arbeitslosigkeit heranzieht. Diese variieren und sind als wirklicher Gradmesser des Elends unzuverlässig, weil die philippinische Regierung keine genauen statistischen Methoden zur Hand hat, mit deren Hilfe sie die wahre Lage einschätzen könnte; vielmehr neigt sie dazu, von der Zahl der registrierten Arbeitslosen und der in den Agenturen aufgeführten Arbeitssuchenden auszugehen. 1968 wurden auf diese Weise 1.067.000 Arbeitslose unter insgesamt 12.213.000 Erwerbspersonen registriert, also 8,7 %. Man vermutet aber, daß eine ebenso große Zahl die Arbeitssuche längst aufgegeben hat, die in der offiziellen Statistik nicht auftaucht. Regierungsagenturen selbst schätzen, daß 50 bis 60 % der Erwerbspersonen entweder ganz arbeitslos, zeitweise arbeitslos (für einen Zeitraum zwischen einem Vierteljahr und einem halben Jahr) oder stark unterbeschäftigt sind (Synopsis der Analyse der philippinischen Wirtschaft, Congressional Economic Planning Office, 1969). Wenigstens 50 % der potentiellen Arbeitskraft ist als nicht produktiv oder unproduktiv zu

betrachten.

In den ländlichen Gebieten, in denen 70 bis 75 % der Filipinos leben und in denen über 60 % der Erwerbstätigen insgesamt in der Landwirtschaft beschäftigt sind, liegen die Einkommen erheblich unter dem Durchschnitt. 1968 betrug das durchschnittliche Jahreseinkommen einer Landfamilie von sechs Personen 400 P (d.h. etwa 100 Dollar oder 40 Pfund). Seit der Erlangung der Unabhängigkeit haben sich die Bedingungen auf dem Lande stark verschlechtert. Der Anteil der Farmen im Pachtbesitz, der vor der Unabhängigkeit 35 % betrug, hatte 1948 37 % erreicht und war 1970 auf beinahe 52 % hochgeschneit. Dies war geschehen trotz der Verabschiedung mehrerer lautstark propagierter Gesetze zur "Landreform". Massenarmut und steigender Bevölkerungsdruck auf dem Lande haben Millionen von Menschen in die Städte getrieben, wo sie noch drückender unter Arbeitslosigkeit und Elend leiden. In der aufgeblähten Stadt Manila waren 1968 zwei von fünf Familien (1.102.000) Bewohner von Elendsquartieren: Sie leben in zusammengeflackten Hütten ohne Toiletten, fließendes Wasser, Elektrizität, Kanalisation oder irgendwelche häusliche Annehmlichkeiten.

#### **„Freihandel“ und wirtschaftliche Kontrolle**

Das neokolonialistische "Freihandels"-Abkommen mit seiner "Paritäts"-Bestimmung ist in erster Linie für die philippinische Tragödie verantwortlich gewesen. Es wurde bereits 1944, noch ehe die Philippinen von den japanischen Besatzern zurückerobert worden waren, im US-Kongress in die Wege geleitet. Mit seinen höchst ungleichen Bedingungen wurde es dem philippinischen Volk durch die USA buchstäblich aufgezwungen, die die zugesagten Zahlungen für Kriegsschäden von seiner Annahme abhängig machten. Da diese Annahme eine Zweidrittel-Mehrheit im philippinischen Unabhängigkeitskongreß erforderte, wurde sie auch unter diesen Bedingungen nur mit Hilfe der willkürlichen Absetzung von 6 nationalistischen Kongreßabgeordneten durch die Marionettenregierung der Grundbesitzer-Kompradoren durchgesetzt; dieser Schritt trug dazu bei, nach dem Krieg den bewaffneten Kampf der Huk-Bewegung<sup>5)</sup> voranzutreiben.

Als Folge des "Freihandels", der den philippinischen Markt mit zollfreien überflüssigen amerikanischen Gebrauchsgütern überschwemmte (dabei dienten die Kriegsschaden-Zahlungen hauptsächlich dem Wiederaufbau amerikanischer Gesellschaften und den Exportinteressen der Kompradoren statt der Anregung von Entwicklungsprogrammen), wurden die Dollarreserven der neuen Republik in unglaublichem Ausmaß

vergeudet. Innerhalb von 4 Jahren, von 1946 bis 1949, hatten die Philippinen ein Zahlungsbilanzdefizit von 1.088 Mio. Dollar zu verzeichnen; 1.067 Mio. Dollar dieses Defizits rührt vom Handel mit den Vereinigten Staaten her. Ende 1949 fielen die Reserven auf unter 200 Mio. Dollar und bedrohten die Stabilität des Peso (dessen Dollar-Parität durch das Handelsabkommen irrationalerweise auf 2 : 1 festgelegt war). Mit der noch sehr lebendigen Warnung der chinesischen Revolution im Rücken und angesichts des durch die wirtschaftliche Verschlechterung genährten Aufflommens bewaffneter Kämpfe auf dem Lande wurde den USA erst die Zustimmung zu strengen Importkontrollen und dann zu relativ rigiden Devisenkontrollen abgenötigt.

Diese Kontrollen hatten länger als ein Jahrzehnt Gültigkeit. Während sie die schlimmsten Auswirkungen der Verschlechterung eindämmten, hatten sie eine Wirkung, die dem amerikanischen Imperialismus unerwünscht war: Sie gaben zum ersten Mal den philippinischen Unternehmern ein Minimum an Schutz; diese ergriffen nun die Gelegenheit und versuchten, aus der neokolonialistischen Zwangsjacke auszubrechen, indem sie daran gingen, Leichtindustrien aufzubauen, die nun die vom Import ausgeschlossenen Güter liefern sollten. Damit war eine Art Grundlage für die junge nationale Bourgeoisie geschaffen, die ernsthafte nationalistische Zielvorstellungen zu entwickeln begann. Jedoch gelang es dem amerikanischen Einfluß, der alle Hebel in der Regierung in Bewegung setzte, diesem Trend durch die Förderung von Industrien, die meist dem Typ "Montage und Verpackung" zugehörten, entgegenzuwirken. Diese Industrien waren sowohl von amerikanischem Kapital, Rohmaterialien, Fertigteilen und Halbfertigwaren abhängig als auch von lizenzierten amerikanischen Verfahren und Markennamen. Auf diese Weise wurde ein hoffnungsvoller Trend in Richtung auf eine philippinische Industrialisierung umgelenkt in eine bloße Veränderung des amerikanischen Exportverhaltens, von "nicht-notwendigen" zu "notwendigen" Gebrauchsgütern. Die 20 % des philippinischen Bruttosozialprodukts, die der Industrie zugerechnet werden, haben heute hauptsächlich diesen Charakter. 1968 waren 90 % der einheimischen Industrie "importorientiert", wobei 47 % der Importe aus Rohmaterialien für die Halbfertigung bestanden; darunter fielen Textilien, Leder, Papier und Druckwaren, Gummi, Chemikalien, die Mineralölverarbeitung, Transport, Montage, elektrische und mechanische Ausrüstung und Nahrungsmittelverpackung.



Eines der tragischsten Opfer war die Filoil Corporation, die 1959 von philippinischen Unternehmern gegründet worden war, um das Monopol der imperialistischen Ölgesellschaften bei der Raffinierung und Vermarktung zu brechen. Bei ihrem Start wurde der US-Gulf-Oil Co. nur ein Minderheitsanteil zugestanden, um die Lieferung von Rohölimporten und technischer Hilfe zu sichern. 1964 trieben die Aufhebung der Kontrolle und eine strenge Kreditpolitik der Regierung (eine der Bedingungen der Stabilisierungs-Anleihe von USA und IWF<sup>6)</sup>), begleitet von einem - wie die Filoil bitter kommentierte- "erbarmungslosen, mit allen Mitteln geführten Konkurrenzkampf internationaler Ölgesellschaften um einen größeren Marktanteil" die Filoil in den Bankrott. Dies führte dazu, daß Gulf-Oil 67 % der Anteile in der Gesellschaft übernahm.

Zu diesem Zeitpunkt starteten amerikanische Interessen, abgesichert durch die erweiterte "Parität", eine Kampagne für Arrangements des "gemeinsamen Risikos" mit philippinischem Kapital, um Nutzen aus der Verschuldung und dem Kredithunger philippinischer Unternehmen zu ziehen. Die Situation der philippinischen Industrie ist seitdem ständig schlechter und der amerikanische Trend zur Übernahme eines "gemeinsamen Risikos" ist soweit getrieben worden, daß eine national gesinnte Bourgeoisie nahezu aufgehört hat, als Faktor in der politisch-ökonomischen Perspektive zu existieren. Ende 1970 spiegelte sich die Zwangslage der philippinischen Unternehmen in der totalen Auslandsverschuldung auf dem privaten Sektor wider, die bei über 1.200 Mio. Dollar lag, und die die einheimische Industrie von der Gnade ausländischer Kreditgeber abhängig macht.

Daß sich die philippinische Regierung selbst auf ausländische Anleihen bei imperialistischen Bankunternehmen stützt, um das Zahlungsbilanzdefizit auszugleichen, hat die Nation in eine kaum zu bewältigende Verschuldung gestürzt. 1962 betrug die öffentliche Auslandschuld der Philippinen 275 Mio. Dollar; 1970 war sie auf 1 000 Mio. Dollar angestiegen. Einschließlich der ursprünglichen und der gestundeten Zinsen erfordert dies jährlich allein eine Zinsrückzahlung von 120 Mio. Dollar. Anfang 1970 gerieten die Philippinen in eine kritische Situation, als innerhalb eines Jahres die Rückzahlung von 200 Mio. Dollar aus kurzfristigen Anleihen fällig wurde. Die Rückkehr zu wirtschaftlichen Kontrollen war logisch, doch der imperialistische Druck gegen einen solchen Schritt setzte sich durch. Kurzfristige Anleihen brachten keine strukturel-

len Veränderungen; beim IFW wurde eine dritte Anleihe ausgehandelt, nur um Zinszahlungen in Schulden zu überführen, und weitere Stabilisierungsanleihen von den USA und von Japan wurden angestrebt.

Der Preis, der für diese Anleihen und für eine Vereinbarung über die Verlängerung der Rückzahlungsfrist für die vorhandenen Schulden verlangt wurde, war eine weitere Abwertung des Peso in Form einer Politik des "Peso-Floating" im Februar 1970. Der Kurs des Peso fiel prompt auf 6 P zu 1 Dollar und sank im Laufe des Jahres weiter auf ein Verhältnis von 6.70 zu 1. Demonstrativ als Mittel zur Verringerung der Importe und Verstärkung der Exporte angekündigt, war diese Maßnahme in gewisser Hinsicht ein imperialistischer Plan, um den billigeren Aufkauf der philippinischen Wirtschaft zu ermöglichen. Zum Beispiel stieg die private philippinische Auslandsverschuldung, die früher bei einem Peso-Äquivalent von 4.680 Mio. P gelegen hatte, über Nacht auf über 8 000 Mio. P an und vergrößerte dadurch die Anfälligkeit der philippinischen Unternehmen gegen ausländische Einflüsse erheblich.

#### Die Diktatur der amerikanischen Investitionen

Der Handel-Kredit-Abwertungs-Kreislauf ist nur einer der neokolonialistischen Prozesse, der die Lebensfähigkeit der philippinischen Wirtschaft ausgehöhlt hat. Ein noch bedeutenderer trat mit der Anwendung der "Parity"-Gesetzgebung auf, welche die direkte Herrschaft der amerikanischen Monopole zur Folge gehabt hat. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit beliefen sich die direkten und indirekten amerikanischen Investitionen auf insgesamt 268 Mio. Dollar. Diese waren nahezu vollständig in der Rohstoffindustrie, in öffentlichen Einrichtungen und im Import-Exporthandel angelegt. Wegen der sich kurz nach der Unabhängigkeit entwickelnden wirtschaftlichen und politischen Krise und der darauf folgenden Wirtschaftskontrollen hielten sich amerikanische Investoren einige Zeit weitgehend zurück und nutzten die Vorteile der "Parity"-Gesetze nur wenig aus. Nach der Zerschlagung des Huk-Befreiungskampfes von 1950 und der Aufhebung der Kontrollen im Jahre 1962 verstärkten die amerikanischen Investorengruppen - zufrieden mit den geschaffenen "günstigen Bedingungen" - ihre Aktivitäten. 1968 bezifferte das US-Handelsministerium die indirekten amerikanischen Investitionen auf den Philippinen auf 700 Mio. Dollar; im selben Jahr veröffentlichte die US-Botschaft in Manila Zahlen, aus denen hervorgeht, daß der wahre Umfang 1 Mrd. Dollar betrug. Diese Summe schließt keine Anleihen oder indirekten Inve-

stitutionen (an philippinischen Industrieunternehmen erworbene Anteile) ein, sondern stellt den Buchwert von 187 auf den Philippinen registrierten amerikanischen Gesellschaften dar (ihr Marktwert dürfte sich auf ungefähr 2,5 Milliarden Dollar belaufen). Auf diese 187 amerikanischen Firmen entfielen 1968 40,9 % der Bruttoeinnahmen aller im Lande getätigten Geschäfte, 43,8 % des Gesamtimports an Verarbeitungstoffen, Bedarfsgütern und Dienstleistungen und 37,3 % der Gesamtproduktion an nichtlandwirtschaftlichen Gütern und Dienstleistungen. Sie zahlten 1968 500 Mio. Pesos Steuern - das sind 20 % aller in diesem Jahr an die philippinische Regierung gezahlten Steuern.

So beeindruckend diese Statistiken sein mögen, so werden sie noch nicht der hervorragenden Bedeutung der amerikanischen Investitionen gerecht, die sich auf die entscheidenden Wirtschaftsbereiche verteilen:

- Die Erdölindustrie. 5 der 6 Erdölgesellschaften des Landes sind amerikanisch (Caltex, Mobil, Esso, Getty Tidewater und Gulf-Filolil), und die sechste ist britisch-niederländisch (Shell). Die Erdölindustrie, deren Wert 1,5 Milliarden Pesos (vor der Abwertung von 1970) beträgt, ist zu 87 % in ausländischer Hand. Die Bohrrechte auf den Philippinen, deren Gebiet sich vermutlich über einen Teil der ausgedehnten Ölfelder Südostasiens erstreckt, sind zum größten Teil in amerikanischem Besitz, und viele Filipinos argwöhnen, daß neuentdeckte Fundstellen verheimlicht werden in der Absicht, die gegenwärtigen Profite zu erhalten und die Philippinen von ausländischen Ölquellen abhängig zu machen.

- Die chemische Industrie. Sie ist unter Kontrolle der großen internationalen Chemiekonzerne: Union Carbide, Esso Standard, Borden Chemicals, American Cyanamid, Dow Chemical, Sherwin Williams, Dogde und Seymour.

- Die Reifen- und Gummiindustrie. Sie ist völlig in der Hand der großen amerikanischen Gesellschaften Goodyear und Firestone.

- Die Arzneimittelindustrie. Sie wird beherrscht von Abbott Laboratories, Merck, Sharpe & Dohme, Parke-Davis, Pfizer Laboratories, Mead Johnson, Winthrop Stearns, Vick International.

- Die Metallherstellungs- und Verarbeitungsindustrie. Sie wird beherrscht von Reynolds, Phelps Dodge, General Electric (US), Westinghouse, Singer, Rheem, Atlantic Gulf & Pacific Co., Earnshaw Docks und Honolulu Iron Works.

- Das Nachrichten- und Kommunikationswesen. Das internationale Nachrichtenwesen ist im Besitz von Mackay Radio Telegraph Co., Globe Wireless, RCA Communications, Eastern - alles amerikanische Firmen. Das inländische Fernmeldewesen gehörte bis vor einigen Jahren der US General Telephone and Electronics Corp.; als ein philippinischer Konzern die Aktienmehrheit erwerben konnte, wurde der GTEC, die den nächstgrößten Anteil besitzt, ein zehnjähriges Vorkaufsrecht eingeräumt, um die Kontrolle wiederzugewinnen.

- Die Investitionsgüterindustrie. Da es auf den Philippinen keine gibt, wird dieser Sektor von ausländischen Lieferanten, hauptsächlich amerikanischen, beherrscht, die durch Zweig- und Vertriebsstellen vertreten sind. International Harvester ist vorherrschend in

der Lieferung von Landwirtschaftsmaschinen. Es gibt keine Werkzeugmaschinenindustrie; alle Investitionsgüter müssen im Ausland gekauft werden.

- Eisenerz. Der größte Eisenerzhersteller, Philippine Iron Mines, Inc., wird von zwei amerikanischen Firmen, Atlantic Gulf & Pacific und Soriano y Cia., beherrscht. Das meiste Eisenerz geht ebenso wie der größte Teil der reichhaltigen philippinischen Kupfererze nach Japan.

- Weiterverarbeitung von Agrarerzeugnissen. Die Herstellung von Ananaskonserven, die zu den 10 wichtigsten Exportgütern gehören, ist vom Anbau über das Konservieren bis zum Export in den Händen der US-Firmen Dole Pineapple und Del Monte. Der expandierende Bananananbau und -export wurde von der United Fruit Co. und der Dole Corporation übernommen.

- Seifen- und Kosmetikindustrie. Sie wird beherrscht von Proctor & Gamble, Colgate-Palmolive und Unilever.

- Versicherungswesen. 17 amerikanische Versicherungsgesellschaften, angeführt von der großen Phil-Am Life Insurance Co., beherrschen das Feld; 1968 nahmen sie 30 Millionen Pesos an Prämien ein. Über 2 Milliarden Pesos an philippinischen Sparguthaben sind im amerikanisch kontrollierten Versicherungsgeschäft gebunden.

- Bankwesen. Zwei der größten Banken des Landes sind amerikanische, die National City Bank of New York und die Bank of America. Ihre Bilanzsummen betragen über 550 Mio. Pesos.

- Werbung. Drei amerikanische Werbeagenturen (J. Walter Thompson, Grant Advertising und McCann), aus einer Gesamtzahl von 50 Agenturen, haben 19 % des philippinischen Werbegeschäftes unter Kontrolle.

Eine Schlüsselindustrie, die besonders unter dem Druck amerikanischen Einflusses leidet, ist die Stahlindustrie. 1955 erließ die philippinische Regierung ein Gesetz, das einen Staat betrieb, die National Shipyards and Steel Corporation (NASSCO), ermächtigte, eine Stahlindustrie zu finanzieren und zu verwalten. Als die Philippinen bei der US-amerikanischen Export-Import Bank einen diesbezüglichen Kredit beantragten, bestand die amerikanische Bank darauf, daß es sich um ein gemischt privat-staatliches Unternehmen mit einem privaten Anteil von 49 Prozent handeln müsse. Dies wurde von der philippinischen Regierung 1960 gebilligt und ein philippinisches Konsortium unter Führung der Jacinto-Gruppe zeichnete das Aktienkapital. Nach Aufhebung der Wirtschaftskontrollen im Jahre 1962 wurde durch weiteren Druck 1963 der völlige Übergang der Industrie in Privatbesitz erzwungen, und die Iligan Integrated Steel Mills, Inc. wurde gegründet. Der Anfangskredit der Export-Import Bank von 62,3 Mio. Dollar wurde nicht früher genehmigt, als bis das Unternehmen im Januar 1964 völlig in privater Hand war, und der eigentliche Baubeginn fand erst im Mai 1965 statt. Die amerikanische Kreditvergabepraxis hatte nicht nur dazu gedient, den Aufbau einer staatlichen Stahlindustrie zu vereiteln, sondern ihn auch um mehr als ein Jahrzehnt verzögert. Eine bewußt schleppende technische Unterstützung durch die Amerikaner ist schuld daran, daß heute die Hälfte der erbauten Anlage stillsteht. Ende 1970 stand die Iligan Integrated Steel Mills vor dem Bankrott, da sie eine durch die "Floating-Abwertung von 1970 abnorm anwachsende Auslandsschuld von über 200 Mio. Dollar nicht zurückzahlen konnte.

Trotz ihrer Größe und der von ihnen ausgeübten Kontrolle stellen die amerikanischen Investitionen in Wirklichkeit keinen beträchtlichen Zustrom amerikanischen Kapitals dar. Sie entstan-

den vielmehr durch Aufsaugen philippinischer Geldrücklagen, durch Vereinnahmung mühsam akkumulierten philippinischen Kapitals. Mit Hilfe der auf ihre Größe und ihre Absicherungsmöglichkeiten gestützten wirtschaftlichen Übermacht liehen amerikanische Firmen zwischen 1962 und 1968 von philippinischen Banken und Sparinstituten die Summe von über 8 Mrd. Pesos. Die einheimischen philippinischen Kapital- und Kreditquellen wurden so durch die dominierenden fremden Konzerne zum Versiegen gebracht.

Eine 1969 vom Amt für Statistische Koordination des Nationalen Wirtschaftsrates der Philippinen angestellte Untersuchung von 108 amerikanischen Gesellschaften ergab, daß sie von 1956-65 386 Mio. Dollar an Profiten in die USA überführt hatten, verglichen mit einem Gesamtzufluß von 79 Mio. Dollar an Investitionen im selben Zeitraum. Die hohe Rückführungsrate wurde durch die Aufnahme großer Anleihen auf philippinische Rücklagen möglich. Amerikanische Firmen benutzten in der Regel philippinische Kapitalquellen, um aus dem Land ein Vielfaches von dem herauszuschleusen, was sie hereinbrachten.

Bei diesen Summen handelt es sich um ausgewiesene Gewinne. Weitere Untersuchungen haben ergeben, daß sämtliche Überweisungen aller Art von den Philippinen ins Ausland von 1962-1968 2.216.850.000 Dollar erreichten, einen Jahresdurchschnitt von 316.690.000 Dollar. Hinzu kamen Zahlungen ins Ausland für "verschiedene versteckte Posten" von 1962-1969 in Höhe von 2.133.750.000 Dollar, einem Jahresdurchschnitt von weiteren 304.820.000 Dollar. Diese fantastischen Zahlen der Auspowerung der philippinischen Wirtschaft, von der hauptsächlich amerikanische Firmen und Banken profitieren, umfassen die Zurückzahlung von Krediten und der damit verbundenen Zinsen, Gewinnanteile, Lizenzgebühren, falsch angegebene Import- und Exportwerte, andere Formen von Einkommen und Gewinnen sowie Verluste durch Schmuggelgeschäfte, die in großem Maßstab abgewickelt wurden (eine der großen Schmuggel-Schwarzmarktlücken sind die zollfreien amerikanischen Militärbasen).

### **Die Militärlasten**

Die Verschwendung der philippinischen Ressourcen, die sonst für eine echte Entwicklung verwendet werden könnten, wurde durch die extrem hohen Militärausgaben verschlimmert, die man entsprechend den amerikanischen Vorstellungen von innerer und äußerer Sicherheit auf sich nahm. Diese Entwicklung begann mit der militärischen Zerschlagung der Huk-Bewegung, die nach den von US-Beratern gegebenen Anweisungen durchgeführt wurde. Die philippinische Armee von

54 000 Mann wurde nebst einer paramilitärischen nationalen Polizeistreitmacht (der philippinischen Staatspolizei) von 10 000 Mann, die zu jener Zeit in dieser Stärke aufgebaut worden waren, in dieser Größe beibehalten - ausschließlich als ein Instrument der inneren Unterdrückung konzipiert, das jedoch auch anderswo in derselben Funktion eingesetzt werden kann (wie in Vietnam).

Im Zeitraum von 1946-1969 wurden von der philippinischen Regierung (sie ist einbezogen in die Planung der South East Asia Treaty Organisation (SEATO: Südostasien-Pakt-Organisation)) auf amerikanische Initiative über 5 Mrd. Pesos für die Streitkräfte ausgegeben, davon allein 221 Mio. Pesos für den militärischen Geheimdienst. Zusätzlich belief sich die direkte US-Militärhilfe im gleichen Zeitraum auf angegebene 525,1 Mio. Dollar. Für das Finanzjahr 1971-72 forderte die gegenwärtige Marcos-Regierung vom Kongress 988 Mio. Pesos für die Armee.

Die Struktur der Armee hat die Kosten vervielfacht. Eine vom Senat 1965 durchgeführte Untersuchung enthüllte, daß die ganze Armee nur aus 534 gemeinen Soldaten bestand; diese wurden von 12 Generalen, 106 Obersten, 417 Oberstleutnants, 915 Majoren, 2397 Hauptleuten und 1.275 Leutnants angeführt, wobei die Restlichen den Rang von Feldwebeln und anderen Unteroffizieren einnahmen. Dieser von den USA kontrollierte oberlastige Offiziersclub stellt eine stete Drohung militärischer Machtübernahme für philippinische Regierungen dar, so daß diese ihn immer im Auge zu behalten haben.

Seit 1967, der erneuten Entwicklung einer Volksbewegung, wurde die Förderung einer militärischen Unterdrückungsmacht durch die Militarisierung der örtlichen Polizeikräfte verstärkt. Die von amerikanischen Polizeiexperten ausgebildeten und durch US-Hilfsagenturen ausgerüsteten örtlichen Polizeistreitkräfte wurden unter einem zentralen Kommando zusammengefaßt und mit den neuesten, in US-Städten perfektionierten "Aufrührbekämpfung"-Waffen und -Methoden versehen. In Manila wurde ein spezielles militärartiges Hauptstadt-Kommando (Metrocom) zum Einsatz gegen Demonstrationen eingerichtet. In den ländlichen Gebieten von Mittel-Luzon, wo sich Bauernverbände neu gebildet haben, flossen Regierungsgelder in den Aufbau von über 1.000 bewaffneten Einheiten, die aus zwielfichtigen Elementen rekrutiert werden, und sich Barrio-Selbstverteidigungseinheiten nennen.

### **Die amerikanischen Manöver zur Erhaltung der**

#### **„Parity“-Gesetzgebung**

Da mit dem Jahr 1974 das Auslaufen des Laurel-Langley-Abkommens und damit das Ende der darin

enthaltenen "Parity"-Klausel naht, unternehmen amerikanische Konzerne vielfältige Manöver, um ihre privilegierte Stellung auf unbegrenzte Zeit zu sichern. Vorgespräche zu Neuverhandlungen des Abkommens wurden 1967 und 1968 geführt. Das gemeinsame philippinisch-amerikanische Vorbereitungscommittee, das 1967 zusammentraf, veröffentlichte ein Protokoll, dessen Absatz 26 so lautete:

"Beide Gruppen stimmten darin überein, daß zukünftige Abkommen zwischen den beiden Ländern wechselseitige "nationale Berücksichtigung" im größtmöglichen Umfang vorsehen sollten, und die philippinische Delegation erklärte, daß sie diese Frage erörtern wolle im Hinblick darauf, den Umfang der von den Philippinen erwünschten Ausnahmen von diesem Grundsatz festzulegen. Beide Parteien sind der Auffassung, daß hierzu eine gesetzliche Regelung ausgearbeitet werden solle, von der gewisse Bereiche ausgenommen sein sollten wie Naturschätze, gemeinnützige Einrichtungen und der Kleinhandel, für die das Prinzip der Meistbegünstigung einer Nation gelten solle."

Fortschrittliche und nationale Gruppen auf den Philippinen haben diese Formulierung angeprangert und behauptet, "nationale Berücksichtigung" (d.h. die Anwendung desselben Rechts auf Amerikaner wie auf Filipinos) sei nichts anderes als "Parity" im neuen Gewand und die Bereitschaft der philippinischen Verhandlungsdelegation, diesem Grundsatz zuzustimmen, sei darauf zurückzuführen, daß der Delegationsleiter eine Führungsposition in der größten amerikanischen Versicherungsgesellschaft der Philippinen innehatte. Weiterer Verdacht entstand durch die vorläufige Einstellung der Laurel-Langley-Gespräche, während gleichzeitig ein philippinischer Verfassungskonvent gebildet wurde, der die amerikanisch beeinflusste Vor-Unabhängigkeits-Verfassung von 1935 ändern sollte. Ein für den Konvent abgegebener Vorschlag sah eine konstitutionelle Garantie "nationaler Berücksichtigung" für amerikanische Geschäftsleute vor. Da eine beträchtliche Anzahl der Konventsdelegierten Rechtsberater oder Aufsichtsratsmitglieder amerikanischer Gesellschaften sind oder waren, und da der Konvent selbst von den neokolonialen Verbündeten der US-Interessen beherrscht wird, ist es offensichtlich, daß die Erwartungen dieser Kräfte dahin gehen, ihre Forderungen von einem philippinischen Gremium ratifiziert zu bekommen, das weniger angreifbar ist als eine Verhandlungskommission.

Nach den Artikeln der alten Verfassung würde das Ende der "Parity" bedeuten, daß Filipinos in allen Firmen mindestens 60 % der Aktien besitzen müßten. Die amerikanischen Interessengruppen und ihre neokolonialistischen Verbündeten stellen jetzt die Behauptung auf, daß Filipinos weder im privaten noch im öffentlichen Sektor die Mittel besäßen, um dies durch Aufkaufen der gewaltigen amerikanischen Investi-

tionen mit einem Buchwert von über 1 Mrd. Dollar und einem zwei- oder dreimal so hohen Marktwert zu erreichen. Es wurde von einigen Seiten der Verdacht geäußert, daß die im Februar 1970 durch Freigabe der Wechselkurse erzwungene Abwertung des Pesos teilweise diesem Argument Nachdruck verleihen sollte; während nämlich der ursprüngliche Peso-Wert der US-Investitionen ca. 3,9 Mrd. Pesos betrug, stieg ihr Wert nach der Abwertung auf mindestens 6,4 Mrd., ungefähr ein Fünftel des philippinischen Bruttosozialproduktes. Dies liegt angeblich weit über den philippinischen Zahlungsmöglichkeiten und deswegen sollte den US-Amerikanern schon aufgrund unbeeinflussbarer höherer Gewalt "nationale Berücksichtigung" zukommen.

Während die US-Kapital-Interessen auf die Erhaltung ihrer Privilegien nach dem Laurel-Langley-Abkommen drängen, schwanden die Möglichkeiten der Filipinos, auf dem amerikanischen Markt "Freihandels"-Präferenzen zu erwerben, mit jedem Jahr. Die wichtigen philippinischen Zuckerexporte, die auf dem amerikanischen Markt zum doppelten Weltmarktpreis verkauft wurden, werden nun von Einfuhrbeschränkungen bedroht. 1971 wurde das philippinische Kontingent durch das US-Zucker-Gesetz um 10 % eingeschränkt. Die USA gingen stattdessen dazu über, ihre Zuckerimportkontingente auf die strategisch wichtigeren lateinamerikanischen Länder zu verlagern (1970 versetzte Nelson Rockefeller der philippinischen Zuckerherstellung einen Schlag, indem er sich für die Vergabe sämtlicher US-Zuckerkontingente an Lateinamerika aussprach). Wirtschaftlicher Protektionismus war seit jeher der vorherrschende Trend in den USA, und dieser geht im allgemeinen dahin, eher den entwickelten als den Entwicklungsländern Zollpräferenzen einzuräumen.

Eine nach 1974 andauernde Beherrschung der philippinischen Wirtschaft durch die USA würde dem imperialistischen Argument auf Dauer Geltung verleihen, daß die Philippinen ein Agrarland seien, daß sie auf Grundstoffindustrien verzichten, allenfalls Leichtindustrie betreiben und sich wie in der Vergangenheit auf exportorientierte Industriezweige konzentrieren sollten. Diese Ansicht wird von dem amerikanischen Partner-Rivalen in Asien, Japan, geteilt, wie in einer Rede von Watanabe, dem Präsidenten der "Asian Development Bank" (die zu gleichen Teilen von amerikanischen und japanischen Bankiers beherrscht wird) zum Ausdruck kommt:

"Früher wurden ziemlich unrealistische Vorstellungen über die wirtschaftliche Entwicklung verbreitet. Eine schnelle Industrialisierung wurde als die einzige Rettung armer Länder angepriesen, ohne den anderen Bereichen genügend Beachtung zu schenken und ohne die menschlichen,

technischen und damit verwandten Faktoren genügend zu berücksichtigen, welche die Grundlage einer erfolgreichen Industrieentwicklung bilden müssen. Heute erkennt man jedoch, daß noch relativ große Lücken in der Infrastruktur geschlossen, die sich wandelnden Ausbildungserfordernisse befriedigt werden müssen und daß große Projekte, die nur als großangelegte Einheiten gegründet und wirtschaftlich verwaltet werden können, große Geldmittel erfordern - die rar sind - und eine sorgfältige Planung voraussetzen, die zeitraubend ist. Deshalb wird die Zahl der in naher Zukunft realisierbaren derartig großen Industrievorhaben begrenzt sein, und dies gilt ebenso für die Auswirkung, welche die verwirklichten Projekte auf die Industrialisierung der verschiedenen Länder haben."

### Die Rückkehr der Japaner

Der Sprung Japans in eine vordere Position als Handelspartner und Kreditquelle für die Philippinen in den letzten Jahren hat zu der Ansicht geführt, daß Japan allmählich die USA als Neokolonialherren ablöst. Der US-Anteil am philippinischen Handel fiel von 76 % im Jahre 1949 auf weniger als 40 % im Jahre 1970, während der japanische Anteil im gleichen Zeitraum von praktisch Null auf ca. 40 % anstieg und damit die USA übertraf. Als das US-Zahlungsbilanzdefizit die Kapital-Exporttätigkeit der USA lähmte, entwickelte sich Japan zur vorrangigsten philippinischen Quelle der "Stabilisierung" und anderer Krediteinrichtungen. Der japanische Handel und die Entwicklungshilfe verfolgten indessen einen noch engerspurigen neokolonialistischen Kurs als die USA, indem sie sich fast völlig auf den Import-Export-Handel, auf die Rohstoffgewinnung (hauptsächlich Eisenerz) und die "Infrastruktur"-Maßnahmen beschränkten, von denen Watanabe sprach (Landstraßen, Ausbau der Eisenbahnlinien, Hafenanlagen und andere Einrichtungen, die dieser Vorstellung entsprechen).

Die Zahlen, die ein Absinken des US-Handelsanteils im Verhältnis zu Japan anzeigen, täuschen freilich. Seit 1962 haben viele amerikanische Gesellschaften, die früher Konsumgüter nach den Philippinen exportierten, philippinische Tochtergesellschaften oder Verpackungs- und Montagebetriebe gegründet, die nicht nur ihren Anteil am philippinischen Markt aufrechterhalten oder vergrößert haben, sondern überdies als Basen für den Export in andere asiatische Gebiete dienen. Die große amerikanische internationale Del Monte Corporation, die große Bananen- und Ananasplantagen sowie Konservenfabriken auf der philippinischen Insel Mindanao besitzt, ist dafür ein typisches Beispiel. Sagte doch der Aufsichtsratsvorsitzende dieser Gesellschaft, Alfred Eames jr. im Juli 1971 in San Francisco:

"Die Geschäfte auf den Philippinen erlangen neue Bedeutung hinsichtlich der Bildung eines

strategischen Stützpunktes für die Belieferung schnellwachsender japanischer und fernöstlicher Märkte."

### Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Unabhängigkeitstag: 4.7.1947 .
- 2) Kompradoren: Teil der Bourgeoisie in Kolonien, Halbkolonien und abhängigen Ländern, deren Tätigkeit (als Vermittlerkaufleute, Bankiers etc.) von der Anwesenheit ausländischer Kapitalisten abhängt. Sie bilden die soziale Hauptstütze des Imperialismus in diesen Ländern.
- 2a) SEATO: Das pazifische Gegenstück zur NATO; sie ist wie diese Teil des von den USA errichteten Kordons reaktionärer und aggressiver Militärbündnisse zur Wahrung und Vergrößerung der imperialistischen Einflusssphäre. 1954 in Manila (Philippinen) gegründet mit dem ausdrücklichen Ziel der Bekämpfung "kommunistischer Infiltration", gehören ihr an: Australien, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland, Pakistan, Philippinen, Thailand und die USA.
- 3) ASPAC: Asiatisch-Pazifischer Rat; wurde 1966 auf Betreiben der USA gegründet, um diesen Ländern größeres militärisches Engagement aufzuzwingen (Mitglieder: Australien, Neuseeland, Japan, Thailand, Philippinen, Malaysia, Südvietnam, Taiwan, Südkorea).
- 4) ASEAN: Vereinigung Südostasiatischer Nationen (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand). 1967 mit antikommunistischer Grundkonzeption gegründet und mit dem Ziel, diese Länder in die US-amerikanische Globalstrategie zu integrieren.

(Quelle : Marxism Today Nr. 2/1972)

## BESTELLUNGEN

für das

"Antiimperialistische Informationsbulletin"

### Bezugspreis:

für 12 Nummern 15,00 DM einschließlich Porto  
 Einzelpreis 1,50 DM, Doppelnummer 3,00 DM.  
 Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren pro  
 Nummer 33 % Ermäßigung.

### Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"  
 p.A. Barbara Schilling  
 355 Marburg/Lahn  
 Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto. Nr. 312 093,  
 PSchA Frankfurt/Main, Barbara Schilling,  
 Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

# KURZINFORMATION

FR = Frankfurter Rundschau  
SZ = Süddeutsche Zeitung

## DDR-Mitglied in der UNCTAD

Am 23. Februar wurde die Deutsche Demokratische Republik offiziell als 143. Mitglied in die UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Tariffs) aufgenommen (FR v. 24. Februar 1973). Zwar haben ihre Beschlüsse - bislang gab es drei Konferenzen (vgl. hierzu: AIB H.6/1972) - lediglich Empfehlungscharakter, so daß sich die imperialistischen Länder es sich leisten können, in der UNCTAD das Prinzip "ein Land - eine Stimme" zu akzeptieren und gegenüber den Ländern der "Dritten Welt" und des sozialistischen Lagers hoffnungslos in die Minderheit verwiesen zu sein. Andererseits stellt die UNCTAD eine Tribüne dar, von der die unterentwickelt gehaltenen Länder und die sozialistischen Staaten die Handels- und Zollpolitik der imperialistischen Staaten anprangern können. Insofern kommt der Aufnahme der DDR Bedeutung zu, da sie den direkten Vergleich ermöglicht, welcher der beiden deutschen Staaten tatsächlich auf Seiten der Völker der "Dritten Welt" steht. Das anmaßende Auftreten westdeutscher Vertreter auf den UNCTAD-Konferenzen ist den Staaten Lateinamerikas, Afrikas und Asiens noch in Erinnerung.

## Militärbündnis Zambia - Zaire

Die Republik Zambia und die Republik Zaire haben ein Militärbündnis geschlossen und darin vereinbart, im Falle eines bewaffneten Konflikts Seite an Seite zu kämpfen. (FR v. 3. März 1973)

Unter dem Druck der alle Länder des südlichen Afrika treffenden Bedrohung durch den Expansionismus der Republik Südafrika, den Kolonialkrieg Portugals und die Übergriffe der rhodesischen Rassisten ist dieses Bündnis zustande gekommen. Es kennzeichnet das bedrohliche Stadium, das die Übergriffe der weißen Minderheitsregimes erreicht haben. Andererseits bedeutet es eine Stärkung der afrikanischen antiimperialistischen Bewegung und der Befreiungsbewegungen, wenn auch berücksichtigt werden muß, daß sich die Haltung Zaires sehr widersprüchlich entwickelt hat: Zambia stellt einen starken Rückhalt für die MPLA in Angola, die PRELIMO in Mozambique und die in Rhodesien kämpfenden ZAPU und ANC (S.A.) dar. Zaire dagegen hatte bis vor dem Übereinkommen zwischen MPLA und der von Zaire unterstützten konkurrierenden Bewegung FNLA/ GRAE der MPLA sein Territorium als Hinterland verweigert, was für die Befreiungskämp-

fer in Angola wegen der tausende Kilometer langen gemeinsamen Grenze zu Zaire u.a. schwerwiegende logistische Probleme mit sich brachte.

## Beschluß gegen Portugal in der Internationalen Zivilluftfahrtbehörde

Die Mitgliederversammlung der Internationalen Zivilluftfahrtbehörde (ICAO) hat in New York aus politischen Gründen beschlossen, die Zusammenarbeit mit Portugal einzuschränken. Einen ähnlichen Beschluß hat die ICAO, die für Fragen der Sicherheit und Entwicklung der internationalen Zivilluftfahrt zuständige UN-Sonderorganisation, bereits im Hinblick auf Südafrika gefaßt. Der Beschluß gründet sich auf eine Empfehlung der Un-Vollversammlung. (FR v. 3. März 1973).

Nach der Zulassung einer Delegation der Befreiungsfront von Guinea-Bissau, PAIGC, zu den Vereinten Nationen stellt diese Maßnahme einen weiteren Schritt auf dem Wege der internationalen Isolierung der portugiesischen Kolonialisten und südafrikanischen Rassisten sowie ihrer Verbündeten dar. Bezeichnenderweise stimmte die Bundesrepublik mit 25 anderen Staaten gegen diesen Beschluß.

## RSA/BRD

Der bevorstehende Beitritt der BRD in die UNO wird die Bundesregierung zwingen, klar zum Charakter ihrer außenpolitischen Beziehungen zu Namibia/Südwestafrika Stellung zu nehmen, das die BRD durch die Unterhaltung eines Konsulats in Windhoek bisher de facto als integralen Bestandteil der RSA behandelt hat. In Bestätigung einer UN-Sicherheitsrats-Resolution vom 30.1.1970 hatte der Internationale Gerichtshof in Den Haag am 21.6.1971 festgestellt, daß die "Präsenz Südafrikas in Namibia illegal ist" und daß "die Mitgliedsstaaten der UNO verpflichtet sind, die Illegalität der Präsenz Südafrikas in Namibia und die Nichtigkeit südafrikanischer Hoheitsakte im Namen oder hinsichtlich Namibias anzuerkennen". Mitgliedsstaaten der UNO sind nach diesem Urteil des Internationalen Gerichtshofes verpflichtet, sich der Entsendung diplomatischer Gesandtschaften, insbesondere konsularischer Bevollmächtigter nach Namibia zu enthalten und bestehende Vertretungen in Namibia aufzulösen. In dem Urteil des Gerichts wurden die Mitgliedsstaaten aufgefordert, daß sie - sofern sie diplomatische Beziehungen zu Südafrika unterhalten - den südafrikanischen

Behörden gegenüber deutlich machen, daß die Unterhaltung diplomatischer oder konsularischer Beziehungen zur RSA nicht die Anerkennung irgendeinen Hoheitsanspruchs Südafrikas gegenüber Namibia einschließt. Angesichts dieser Völkerrechtslage forderte die rassistische Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft auf ihrer Jahrestagung in Kassel im Januar d.J. die Bundesregierung in einer Resolution zum Durchhalten auf. Die BRD solle ihre Konsularvertretung, die sie als einziges westliches Land in Windhoek unterhält, nicht schließen, nur weil nach der anstehenden Aufnahme der BRD und der DDR in die Weltorganisation die afro-asiatischen Staaten und die DDR auf die BRD in der UNO Druck ausüben werden.

Vielmehr soll sich die Bundesregierung dem Druck der Weltöffentlichkeit in dieser Frage widersetzen; gleichsam als freundschaftliche Gegenleistung dafür, daß Südafrika bereits unmittelbar nach Entstehen der BRD zu "freundschaftlichen und konstruktiven" Beziehungen zwischen der BRD und Südafrika bereit war und als erster Staat das während des zweiten Weltkrieges konfiszierte deutsche Eigentum an die BRD zurückgab.

(The Star (Johannesburg), 27.1.1973, Objective: Justice, Vol.3, 4/1971, UN-Publikation).

### Rhodesien

Seitdem die schwarze Bevölkerung die "Vorschläge zu einem Übereinkommen über die britisch-rhodesischen Beziehungen" vom 24.11.1971 im Frühjahr 1972 mit großer Mehrheit abgelehnt hat, verschärft das weiße Minderheitenregime seinen politischen Kurs gegenüber den Afrikanern (vgl. AIB 1/1973). Eine neue Stufe der Eskalation erreichte die Unterdrückung der afrikanischen Bevölkerung, als die Afrikaner dazu übergingen, mit militärischen Mitteln um ihre politischen und sozialen Rechte zu kämpfen, nachdem eine Lösung mit politischen Mitteln von Premierminister Ian D. Smith kategorisch abgelehnt worden war. Auf das Auftreten von schwarzen Freiheitskämpfern nordöstlich von Salisbury an der Grenze zu Mocambique reagierte das Rebellenregime am 9.1.1973 mit der Schließung der Grenze zu Zambia, um durch eine Teilblockade Zambias dessen angebliche Hilfe für die Guerilla-Gruppen zu unterbinden; daß das Auftauchen von zum bewaffneten Kampf entschlossenen Afrikanern keine äußeren Ursachen hatte wurde nicht nur durch die förmliche Aufhebung der Schließung der Grenze durch Rhodesien am 4.2.1972 deutlich, sondern auch in der Anwendung terroristischer Maßnahmen gegen Afrikaner, die Freiheitskämpfer unterstützen

oder von denen vermutet wird, daß sie mit diesen sympathisieren.

Mit Hilfe von Notstandsgesetzen, den Emergency Powers (Collective Fines) Regulations, erhielten die sieben weißen Provinzkommissare nun unbeschränkte Handlungsvollmachten: Sie können gegen afrikanische Dorfgemeinden Kollektivstrafen ohne Einschaltung von Gerichten verhängen, wenn ein Mitglied eines Dorfes oder eines Stammes die Freiheitskämpfer unterstützt oder es unterläßt, ihre Gegenwart den weißen Behörden zu melden. Ohne vorherige Ankündigung, ohne zwingende Beweise und ohne die Einschaltung des Rechtsweges, können die Kommissare den Besitz von Dorfgemeinschaften beschlagnahmen, ihre Mitglieder verhaften und mit Strafen belegen, die von fünf Jahren Gefängnis bis zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit reichen. In einem Interview mit dem britischen Fernsehen vertrat Smith die Ansicht, daß aufgrund der breiten Unterstützung der Widerstandskämpfer durch die afrikanische Bevölkerung die Höhe der Strafe unzureichend sei. Er verfügte daher nicht nur die Schließung afrikanischer Schulen, der Läden und Handwerksbetriebe im Nordosten des Landes - zur "Rückeroberung der Herzen der Afrikaner" (Smith) griff das Rassistenregime auf die klassischen Instrumente kolonialistischer Gewaltherrschaft zurück. Nachdem die Militärdienstzeit bereits im Dezember 1972 verlängert worden war und das Regime sich die militärische Unterstützung Südafrikas und Portugals gesichert hatte, setzte es gegen die Widerstandszentren im Nordosten des Landes Jagdbomber und Raketen ein.

(The Star (Johannesburg), 20.1.1973, 17.2.1973; The Guardian Weekly, 27.1., 24.2.1973; FR und SZ, 28.2.1973).

### BRD/Rhodesien

Der Sicherheitsrat der UNO hat erstmalig eine Namensliste der Schiffe veröffentlicht, die trotz des Boykott-Beschlusses Güter aus Rhodesien in die USA transportierten. Unter den genannten Firmen befindet sich auch die in Bremen beheimatete westdeutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft "Hansa".

Der Sicherheitsrat forderte den UNO-Generalsekretär Waldheim auf, bei den betroffenen Regierungen vorstellig zu werden und innerhalb eines Monats Vorschläge für Maßnahmen zu unterbreiten, um solche Transporte in Zukunft zu verhindern. (FR, 28.2.1973)

Im letzten Heft des AIB ist die Kurzinformation über Argentinien durch Fehler beim Umbruch mißverständlich geworden. Wir werden dies im Rahmen eines längeren Beitrages in der nächsten Nummer korrigieren.

# Politische Generalamnestie in Griechenland

Amnésie politique générale en Grèce



POLITICAL GENERALAMNESTY IN GREECE

ΓΕΝΙΚΗ ΠΟΛΙΤΙΚΗ ΑΜΝΗΣΤΕΙΑ ΣΤΗΝ ΕΜΠΡΟΣ

An das Sekretariat  
des Koordinationsbüros der  
Griechischen antidiktatorischen  
Komitees in der B.R.D.u.W.Bln.

p.A.A.Lengas

31 CELLE

---

Odermark 4o

West Germany